

14. ARMUT UND SOZIALE AUSGRENZUNG

Matthias Till
Erika Baldaszi
Franz Eiffe
Thomas Glaser
Richard Heuberger
Elisabeth Kafka
Nadja Lamei
Magdalena Skina-Tabue
Statistik Austria

Inhalt

14.1	Der europäische Indikator zur Armut- und Ausgrenzungsgefährdung: Ergebnisse für Österreich	270
14.1.1	Definition der Armut- und Ausgrenzungsgefährdung	270
14.1.2	Armut- und Ausgrenzungs-gefährdung in Österreich und der EU	271
14.2	Subgruppen der Armut- oder Ausgrenzungsgefährdeten	274
14.2.1	Armutgefährdung	274
14.2.2	Erhebliche materielle Deprivation	275
14.2.3	Personen in Haushalten mit geringer Erwerbsintensität	276
14.3	Nationale Indikatoren für soziale Eingliederung	277
14.3.1	Indikatoren zu Erwerbsleben, Bildung, Gesundheit	279
14.3.2	Indikatoren zu Lebensstandard und Wohnraum	284
14.4	Nationale Indikatoren und Armut-/Ausgrenzungsgefährdung	289
14.5	Bevölkerungsgruppen mit erhöhtem Armut- oder Ausgrenzungsrisiko	291

14. ARMUT UND SOZIALE AUSGRENZUNG

Gemäß der gemeinsamen Wachstumsstrategie der europäischen Regierungen „Europa 2020“ sollen innerhalb von zehn Jahren europaweit mindestens 20 Millionen der insgesamt 120 Millionen betroffenen Menschen aus sozialen Gefährdungslagen befreit werden, die im EU-Indikator „von Armut oder sozialer Ausgrenzung gefährdete Personen“ abgebildet werden.¹ In

Ergänzung zu diesem Indikator werden in Österreich seit 2008 zusätzliche nationale Indikatoren für fünf Lebensbereiche veröffentlicht (siehe Abschnitt 14.3).² Dieser Beitrag setzt die nationale Armuts- und Sozialberichterstattung auf Basis von EU-SILC³ 2010 und der nationalen Indikatoren zum Monitoring sozialer Eingliederung für den Zeitraum 2008 bis 2010 fort.

14.1 DER EUROPÄISCHE INDIKATOR ZUR ARMUTS- UND AUSGRENZUNGSGEFÄHRDUNG: ERGEBNISSE FÜR ÖSTERREICH

Im Juni 2010 haben sich die europäischen Regierungen auf eine neue Wachstumsstrategie („smart, sustainable and inclusive growth“) bis zum Jahr 2020 geeinigt. Die Wachstumsstrategie orientiert sich an den Lebensbedingungen der Menschen in der Europäischen Union. Mit der Verringerung von Armut und sozialer Ausgrenzung als ausdrücklichem sozialen Schwerpunkt der Strategie wird ein konkretes und quantifizierbares Ziel genannt.

14.1.1 DEFINITION DER ARMUTS- UND AUSGRENZUNGSGEFÄHRDUNG

Die Zielgruppe der Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdeten umfasst all jene Personen, deren Haushalt ein Einkommen unter der Armutsgefährdungsschwelle des jeweiligen Mitgliedstaats hat oder zumindest vier Merkmale für materielle Deprivation aufweist, sowie Personen in Haushalten mit kleiner oder sehr niedriger Erwerbsintensität.

Als von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedroht gelten daher Personen, auf die zumindest eines der folgenden Merkmale zutrifft:

1. Personen, deren Haushalt über ein Einkommen verfügt, das geringer ist als 60% des nationalen äquivalisierten Medianeinkommens (Armutsgefährdete).
2. Personen, deren Haushalt vier oder mehr der folgenden neun auf EU-Ebene festgelegten Merkmale für erhebliche materielle Deprivation⁴ aufweist:
 - (i) es bestehen Zahlungsrückstände bei Miete, Betriebskosten oder Krediten;
 - (ii) es ist finanziell nicht möglich, unerwartete Ausgaben zu tätigen;
 - (iii) es ist finanziell nicht möglich, einmal im Jahr auf Urlaub zu fahren;
 - (iv) es ist finanziell nicht möglich, die Wohnung angemessen warm zu halten;
 - (v) es ist finanziell nicht möglich, jeden zweiten Tag Fleisch, Fisch oder eine vergleichbare vegetarische Speise zu essen;
 - (vi) ein PKW ist finanziell nicht leistbar;
 - (vii) eine Waschmaschine ist finanziell nicht leistbar;
 - (viii) ein Farbfernsehgerät ist finanziell nicht leistbar;
 - (ix) ein Telefon oder Mobiltelefon ist finanziell nicht leistbar.

1 Die Zielgruppe besteht aus 1.) den armutsgefährdeten Personen, 2.) den erheblich materiell deprivierten Personen und 3.) den Personen in nahezu erwerbslosen Haushalten.

2 Die Auswahl der Indikatoren fand unter breiter Beteiligung von Fachleuten aus Sozialpartnerorganisationen sowie der Armutskonferenz, von Forschungseinrichtungen, Ministerien und der Bundesländer statt.

3 European Union Statistics on Income and Living Conditions

4 Bei der EU-Definition erheblicher materieller Deprivation werden andere Merkmale berücksichtigt als für die nationale Berichterstattung in Österreich (finanzielle Deprivation).

3. Personen, die jünger sind als 60 Jahre und in einem Haushalt mit keiner oder sehr niedriger Erwerbstätigkeit leben. Dazu zählen jene Haushalte, in denen Personen im Erwerbsalter (hier: 18- bis 59-jährige Personen, ausgenommen Studierende) in geringem Ausmaß, das heißt weniger als 20% ihres Erwerbspotentials erwerbstätig sind.

Mit der gemeinschaftlich akkordierten Definition dieses Zieles waren die Mitgliedstaaten aufgefordert, nationale Ziele zu formulieren. Während manche Staaten vorrangig Maßnahmen setzen, um die Zahl der Armutsgefährdeten zu verringern, werden in anderen eher Beschäftigungsziele anvisiert. Nationale Ziele können auch in Bezug auf andere Gefährdungslagen formuliert werden. Voraussetzung dafür ist aber, dass der Beitrag in Bezug auf die angestrebte Reduktion der Armuts- und Ausgrenzungsgefährdung quantifiziert werden kann.

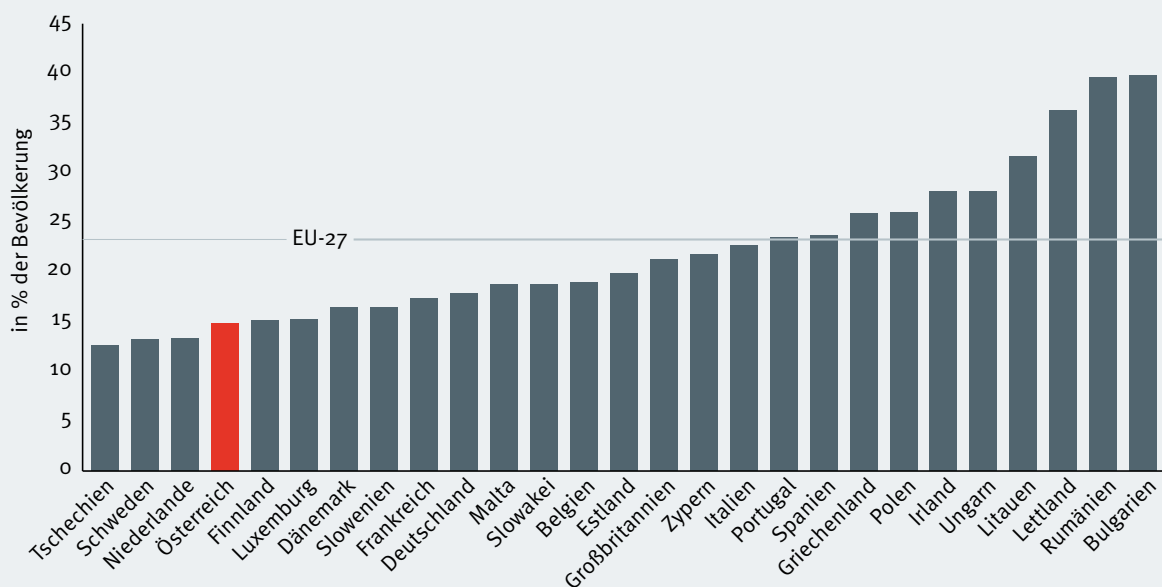
14.1.2 ARMUTS- UND AUSGRENZUNGS-GEFÄHRDUNG IN ÖSTERREICH UND DER EU

In Österreich beträgt die Zahl der Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdeten etwa 1,4 Millionen

Personen (EU-SILC 2010). Das entspricht 17% der Gesamtbevölkerung. Die Bundesregierung plant – wie im Nationalen Reformprogramm 2011 formuliert – innerhalb von zehn Jahren 235.000 Menschen aus diesen sozialen Gefährdungslagen zu bringen und somit eine Reduktion der derzeit Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdeten um 17% zu erreichen. Der Fokus der nationalen Ziele liegt auf einer Beschäftigungssteigerung und der Eingliederung in den Arbeitsmarkt, insbesondere von erwerbsfähigen, arbeitsmarktfernen Personen sowie auf der Verbesserung der Qualität der Jobs. Besonderes Augenmerk wird darauf gelegt, finanzielle Anreize für eine Beschäftigungsannahme und einen Verbleib in Beschäftigung in adäquater Form zu setzen (vgl. Bundeskanzleramt 2011, S. 27).

Im EU-Vergleich liegt Österreich an vierter Stelle jener Länder mit der geringsten Armuts- und Ausgrenzungsgefährdung und deutlich unter dem EU-27-Durchschnitt von 23%. Niedrigere Quoten weisen Tschechien (14%), Schweden und die Niederlande (jeweils 15%) auf. Die höchsten Anteile an armuts- oder ausgrenzungsgefährdeten Personen haben Bulgarien (42%), Rumänien (41%) und Lettland (38%).

Armuts- und Ausgrenzungsgefährdung in den EU-27 Staaten

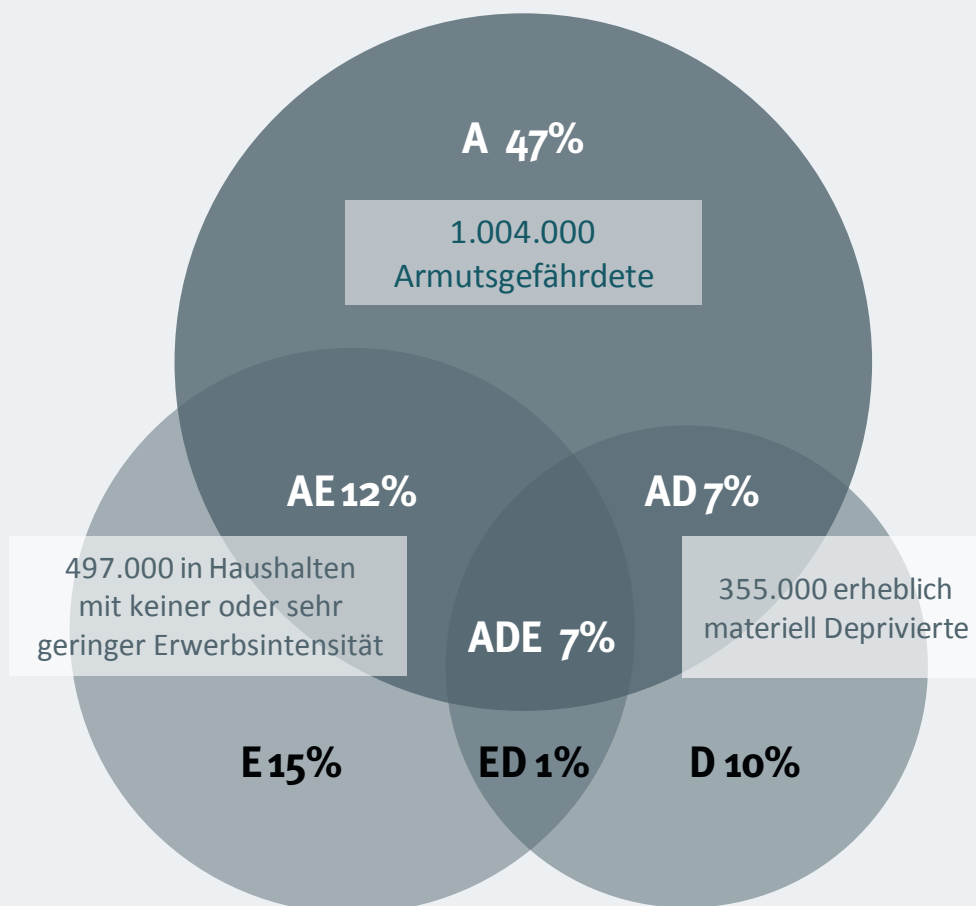


Quelle: Eurostat 2010, EU-SILC 2010

Die Gruppe der armuts- oder ausgrenzungsgefährdeten Personen ergibt sich aus unterschiedlichen Kombinationen der drei genannten Gefährdungslagen (Einkommen unter der nationalen Armutsgefährdungsschwelle, Deprivation und keine/sehr niedrige Erwerbsintensität im Haushalt). Da Problemlagen teilweise überlappend auftreten, können insgesamt sieben mögliche Teilgruppen unterschieden werden, die in der folgenden Abbildung schematisch darge-

stellt sind. Nahezu drei Viertel der Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdeten sind nur von einer der drei Gefährdungslagen betroffen (Gruppen A, D, E). Auf etwa 7% der Zielgruppe treffen alle drei Merkmale zu (Gruppe ADE: 99.000 Personen). Am häufigsten treten Armutsgefährdung und Erwerbslosigkeit gemeinsam auf (Gruppe AE): 12% der Zielgruppe sind von diesen beiden Problemen betroffen (166.000 Personen).

Die Europa 2020-Zielgruppe armuts- oder ausgrenzungsgefährdeter Personen in Österreich



Quelle: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2010

Definition der Teilgruppen und Größe der betroffenen Personengruppe; Schwankungsbreiten sind jeweils in Klammer angeführt:

A = Armutsgefährdung (ohne Deprivation und nicht in Haushalten mit keiner oder sehr niedriger Erwerbsintensität;

2010: 641.000 Personen (+/- 76.000 Personen)

AD = Armutsgefährdung UND Deprivation (nicht in Haushalten mit keiner oder sehr niedriger Erwerbsintensität;

2010: 97.000 Personen (+/- 25.000 Personen)

AE = Armutsgefährdung UND in Haushalten mit keiner oder sehr niedriger Erwerbsintensität (ohne Deprivation;

2010: 166.000 (+/- 36.000 Personen unter 60 Jahren)

ADE = Armutsgefährdung UND Deprivation UND in einem Haushalten mit keiner oder sehr niedriger Erwerbsintensität;

2010: 99.000 (+/- 30.000 Personen unter 60 Jahren)

In Österreich war die Zahl der Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdeten von 2008 bis 2010 trotz Wirtschafts- und Finanzkrise rückläufig. Mit hochgerechnet 1,373 Millionen Armuts- oder

Ausgrenzungsgefährdeten (statistische Schwankungsbreite: plus/minus 106.000 Personen) im Jahr 2010 hat sich diese Zahl bereits um 159.000 gegenüber dem Ausgangsjahr 2008 verringert.

Armuts-/Ausgrenzungsgefährdung in Österreich, EU-Indikatoren 2008-2010

	2008		2009		2010	
	in %	in 1.000	in %	in 1.000	in %	in 1.000
Armuts-/Ausgrenzungsgefährdung ¹⁾	18,6	1.532	17,0	1.406	16,6	1.373
Armutsgefährdung ²⁾	12,4	1.018	12,0	993	12,1	1.004
Haushalte mit keiner/sehr niedriger Erwerbsintensität ³⁾	7,8	503	7,2	461	7,8	497
Erhebliche materielle Deprivation ⁴⁾	6,4	524	4,8	395	4,3	356

Quelle: Statistik Austria, EU-SILC.

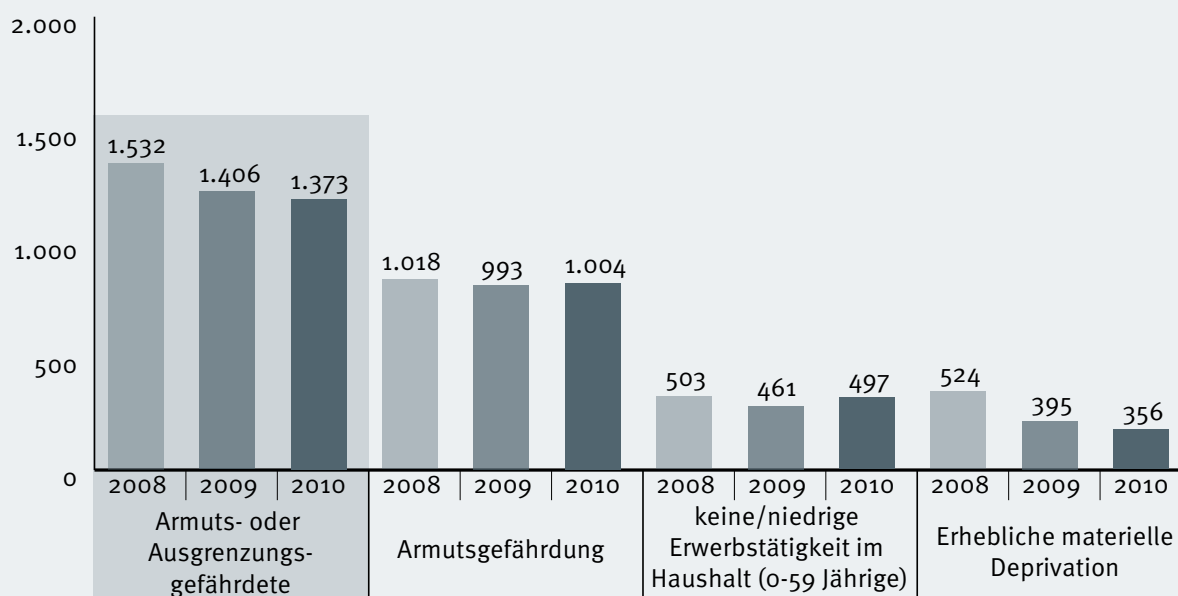
Anteile in % der Gesamtbevölkerung der 0-59-Jährigen [(nahezu) Erwerbslosenhaushalte]

- 1) Armutsgef., erhebl. mat. Deprivation oder 0- bis 59-Jährige in (nahezu) erwerbslosen Haushalten
- 2) Haushaltseinkommen unter 60% des äquivalisierten Medianeinkommens
- 3) 0- bis 59-Jährige, deren 18- bis 59-jährige Haushaltsangehörige max. 20% des Jahres erwerbstätig sind.
497.000 Betroffene im Jahr 2010 entsprechen 6% der Gesamtbevölkerung
- 4) nach EU-Definition mindestens vier aus einer Liste von neun Merkmalen für Deprivation

Weder bei der Zahl der Armutsgefährdeten noch bei der Zahl der (nahezu) erwerbslosen Personen im Erwerbsalter gab es nachhaltige Veränderungen. Der Rückgang bei der Zahl der Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdeten ist auf einen Rückgang bei den erheblich materiell deprivierten Personen in diesem Zeitraum von 524.000 auf 356.000 Betroffene zurückzuführen. Im Jahr 2008 – also

noch vor Ausbruch der Wirtschafts- und Finanzkrise – hatte die Deprivation ihren bisherigen Höchststand erreicht. Gründe dafür können in der in diesem Jahr außerordentlich starken Teuerung sowie der starken Verschuldung gesehen werden. Die Inflationsrate erreichte 2008 3,2% und betrug im Folgejahr nur mehr 0,5%, 2010 lag sie wieder etwas höher bei 1,8%.

Europa 2020-Zielgruppe und Teilgruppen in Österreich, 2008-2010



Quelle: Statistik Austria, EU-SILC.

14.2 SUBGRUPPEN DER ARMUTS- ODER AUSGRENZUNGSGEFÄHRDETEN

14.2.1 ARMUTSGEFÄHRDUNG

Die Armutsgefährdungsquote ist seit dem Europäischen Rat von Laeken im Jahr 2001 die zentrale Kenngröße zur Messung niedrigen Lebensstandards. Im Rahmen der Europa 2020-Strategie stellt sie einen der drei zentralen Indikatoren zur Definition der Zielgruppe armuts- oder ausgrenzungsgefährdeter Personen dar.

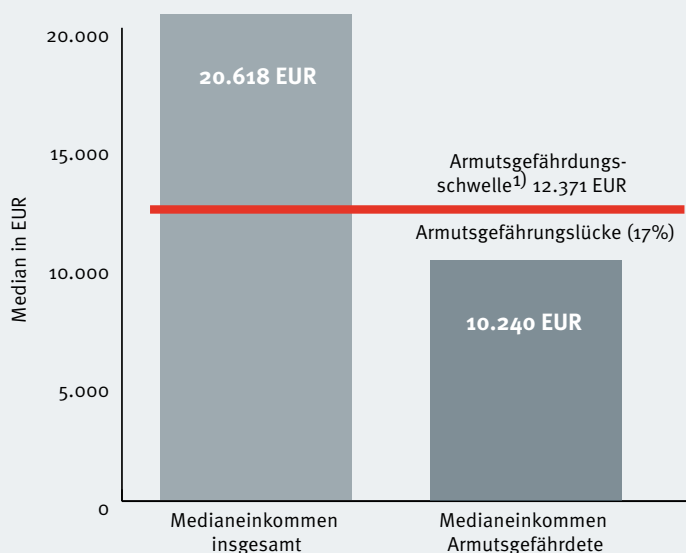
Die (nominelle) Armutsgefährdungsschwelle laut EU-SILC 2010 lag bei 12.371 EUR pro Jahr für einen Einpersonenhaushalt, das sind pro Monat 1.031 EUR (Jahreszwölftel; 884 EUR Jahresvierzehntel). Für jede weitere erwachsene Person im Haushalt erhöht sich die Schwelle um 516 EUR pro Monat (Jahreszwölftel; 442 EUR Jahresvierzehntel), für jedes Kind um 309 EUR (Jahreszwölftel; 265 EUR Jahresvierzehntel).⁵

Nach den zuletzt verfügbaren Daten liegt die Armutsgefährdungsquote in Österreich bei 12,1%

der Gesamtbevölkerung. Unter Berücksichtigung der statistischen Schwankungsbreite waren zwischen 912.000 und 1.096.000 Personen in österreichischen Privathaushalten von Armutsgefährdung betroffen.⁶

In Ergänzung zur Armutsgefährdungsquote kommt die Intensität der Betroffenheit von Armutsgefährdung durch den Wert der Armutsgefährdungslücke zum Ausdruck. Sie zeigt die Entfernung des armutsgefährdeten Hauhaltseinkommens zum Schwellenwert. Das (nominelle) Medianeinkommen der Armutsgefährdeten lag 2010 bei 10.240 EUR pro Jahr (im Falle eines Einpersonenhaushalts) und somit um 17% unter der Gefährdungsschwelle. Ein armutsgefährdeter Einpersonenhaushalt hätte somit im Mittel zusätzlich mindestens 2.131 EUR bzw. monatlich 177 EUR (Jahreszwölftel) benötigt, um die Armutsgefährdungsschwelle zu überwinden.

Armutsgefährdungslücke der äquivalisierten Medianeinkommen 2010



Quelle: Statistik Austria, EU-SILC 2010

1) Jahreswert für 2010 (Jahreszwölftel 1.031 EUR, Jahresvierzehntel 884 EUR)

⁵ Diese Beträge wurden gemäß der EU-Methode nicht wertberichtigt. Unter Berücksichtigung der Teuerung (Verbraucherpreisindex – VPI) bis Juni 2012 wären diese Werte um 2,4% anzupassen.

⁶ Anstaltshaushalte wie Alten- oder Pflegeheime und in anderen institutionellen Haushalten untergebrachte Personen (z.B. AsylwerberInnen) sowie Wohnungslose sind nicht Teil der Stichprobe von EU-SILC. Bestimmte Bevölkerungsgruppen, die einem erhöhten Armutsrisiko ausgesetzt sind, wie MigrantInnen, Sozialhilfebeziehende oder Kranke sind in der Erhebung aus Gründen erschwerter Erreichbarkeit (Sprachbarrieren, Personen sind nicht befragbar oder nicht auffindbar, Scham etc.) unterrepräsentiert, was jedoch zum Teil Ausgleich in der Hochrechnung findet.

Trotz der internationalen Wirtschaftskrise hat sich das Ausmaß der Armutsgefährdung von 2008 bis 2010 nicht verändert. Die Quote liegt konstant bei 12%. Im Gegensatz zur Mehrheit der EU-Staaten ist in Österreich trotz der Wirt-

schafts- und Finanzkrise der Armutsgefährdungsschwellenwert real gestiegen, was in der Lohnentwicklung, der Steuerreform und einem Ausbau der Familienleistungen 2009 begründet sein kann.

Armutsgefährdungsschwelle und Armutsgefährdungslücke 2008-2010

	2008	2009	2010
Armutsgefährdungsschwelle, in EUR ¹⁾	11.406	11.931	12.371
Armutsgefährdungslücke, in % ²⁾	15,3	17,2	17,2

Quelle: Statistik Austria, EU-SILC

- 1) 60% des äquivalisierten Medianeinkommens; Jahreswert für Einpersonenhaushalte
- 2) das Medianeinkommen der Armutsgefährdeten liegt um ..% unter der Gefährdungsschwelle

14.2.2 ERHEBLICHE MATERIELLE DEPRIVATION

Mangelndes Einkommen gilt als eine wichtige Ursache für Armut, jedoch bleiben bei der Definition der Armutsgefährdungsschwelle die spezifischen Lebenshaltungskosten der Haushalte unberücksichtigt. Akute Armutslagen können aber auch dann auftreten, wenn die monatlichen Ausgaben eines Haushalts zum Beispiel für Wohnen, Heizung, Medikamente oder Kreditrückzahlungen zu hoch sind. Zudem spielt die Versorgung mit öffentlichen Gütern und Dienstleistungen (etwa Gesundheitsdienste, Bildungsangebote, Kinderbetreuung) eine wichtige Rolle. Ein europaweiter Vergleich ausschließlich auf der Basis des monetären Einkommens kann dann irreführend sein – insbesondere auch im zeitlichen Verlauf –, wenn die Versorgung mit öffentlichen Gütern von Sparmaßnahmen betroffen ist, wie dies in vielen EU-Ländern derzeit

zu beobachten ist. Die Erfassung von Einkommensungleichheit über die monetäre Armutsgefährdung wird daher durch den Indikator der „erheblichen materiellen Deprivation“ ergänzt, der die Finanzierbarkeit des täglichen Bedarfs misst und insofern Teilhabechancen innerhalb der Gesellschaft illustriert.

Im Jahr 2010 lebten in Österreich 4,3% der Gesamtbevölkerung (355.000 Personen) in Haushalten mit erheblicher materieller Deprivation. Diese ist nach EU-Definition durch das gleichzeitige Vorhandensein von mindestens vier Merkmalen materieller Deprivation charakterisiert. Von den jeweiligen einzelnen Deprivationsmerkmalen sind deutlich mehr Personen betroffen. So gibt etwa ein Viertel der Bevölkerung in der SILC-Befragung an, sich unerwartete Ausgaben nicht leisten zu können, 22% können es sich nicht leisten, zumindest eine Woche jährlich auf Urlaub zu fahren.

Verteilung der Merkmale für erhebliche materielle Deprivation nach EU-Definition in Österreich

	„Gesamtbevölkerung“		Erheblich materiell deprivierte Haushalte	
	in 1.000	in %	in 1.000	in %
Insgesamt	8.283	100	355	100
Probleme bei unerwarteten Ausgaben	2.073	25	354	100
nicht auf Urlaub fahren können	1.858	22	347	98
nicht regelmäßig Fleisch essen können ¹⁾	724	9	265	74
Zahlungsrückstände ²⁾	596	7	244	69
sich kein Auto leisten können	487	6	222	63
Wohnung nicht warm halten können	313	4	135	38
sich keinen Fernseher leisten können	35	0	18	5
sich keine Waschmaschine leisten können	30	0	(19)	(5)
sich kein Telefon/Handy leisten können	(7)	(0)	(6)	(2)

Quelle: Statistik Austria, EU-SILC 2010

Zahlen in Klammern sind unsichere Schätzungen: Die Zahl der Beobachtungen liegt unter 50 Beobachtungen oder die statistische Schwankungsbreite übersteigt 32% des Schätzwerts.

- 1) Fleisch, Fisch oder vergleichbare vegetarische Speisen
2) Zahlungsrückstände bei Miete, Gas, Strom oder Kreditkarten

Lesehilfe: 25% der Gesamtbevölkerung leben in Haushalten, die es sich nicht leisten können, unerwartete Ausgaben zu begleichen. Unter erheblich materiell deprivierten Haushalten sind 100% von dieser Einschränkung betroffen.

Die Benachteiligung ist umso größer, je mehr Probleme gleichzeitig auftreten. Anhand dieses Indikators können mehrfache Belastungen abgebildet werden. Beispielsweise können sich 63% der Personen mit erheblicher materieller Deprivation (222.000 Personen) kein Auto leisten und 38% können ihre Wohnung nicht angemessen warm halten. In der Gesamtbevölkerung hätten hingegen 94% kein Problem, sich ein Auto zu leisten, wenn sie eines benötigen bzw. haben 96% kein Problem, die Wohnung warm halten zu können. Der EU-Indikator enthält jedoch auch Merkmale, die für die österreichische Bevölkerung wenig Relevanz haben und bei denen geringe Betroffenheit in Österreich besteht (Leistungsfähigkeit von Farbfernseher, Waschmaschine oder Mobiltelefon).

14.2.3 PERSONEN IN HAUSHALTEN MIT KEINER/SEHR GERINGER ERWERBSINTENSITÄT

Der dritte Aspekt der Armut- oder Ausgrenzungsgefährdung beleuchtet die Integration der Haushalte in den Arbeitsmarkt. Fehlende Erwerbseinkommen einzelner Haushaltsmitglie-

der können durch Einkünfte anderer Haushaltsmitglieder ausgeglichen werden und haben nicht notwendigerweise unmittelbare Auswirkungen auf den Lebensstandard. Ist jedoch der gesamte Haushalt dem Arbeitsmarkt fern, das heißt, wird das Erwerbspotential der Personen im Erwerbsalter (hier: 18 bis 59 Jahre) nur zu maximal 20% ausgeschöpft, gelten alle Personen von 0 bis 59 Jahren in diesem Haushalt als ausgrenzungsgefährdet.

Nach den zuletzt verfügbaren Ergebnissen leben in Österreich 8% der unter 60-Jährigen in Haushalten mit keiner oder sehr niedrigen Erwerbsintensität (6% der Gesamtbevölkerung). Wie bei der Armutgefährdung ist zu beachten, dass die Erwerbssituation des jeweiligen Vorjahres berücksichtigt wird und Arbeitsmarkteffekte daher mit zeitlicher Verzögerung wirksam werden und zudem durch eine gemeinsame Haushaltsführung abgeschwächt werden können.

Bis zum Wirtschafts- und Finanzkrisenjahr 2009 gab es einen Rückgang der Zahl der (nahezu) erwerbslosen Haushalte, 2010 stieg der Wert wie-

der an. Da das für EU-SILC 2009 maßgebliche Jahr 2008 von einer Rekordbeschäftigung gekennzeichnet war, ist diese Entwicklung durchaus

plausibel. Allerdings liegen die Veränderungen innerhalb der statistischen Schwankungsbreite.

14.3 NATIONALE INDIKATOREN FÜR SOZIALE EINGLIEDERUNG

Aus nationaler Sicht sind die europäischen Indikatoren und Ziele zur sozialen Eingliederung ein Kompromiss. Für die konkrete Umsetzung von Maßnahmen bedarf es Indikatoren, die den spezifischen nationalen Gegebenheiten Rechnung tragen. Dies zeigen die Erfahrungen aus Frankreich, Irland, den Niederlanden oder Belgien (vgl. Walker 2009). In Österreich wurden nationale Indikatoren unter Beteiligung von ExpertInnen aus Sozialpartnerorganisationen, der Armutskonferenz, Forschungseinrichtungen, Ministerien und der Bundesländer festgelegt und von der Statistik Austria regelmäßig veröffentlicht (vgl. BMASK 2009). Diese Indikatoren wurden von der Statistik Austria und dem BMASK im Jahr 2012 in Zusammenarbeit mit der nationalen Armutsplattform aktualisiert bzw. zum Teil neu entwickelt. Aktuell liegen 20 Indikatoren zu folgenden fünf Bereichen vor: Haushaltseinkommen und Lebensstandard, Wohnraum, Erwerbsleben, Bildungschancen und Gesundheit. Die Lebensumstände, auf die sich die europäischen und nationalen Indikatoren Österreichs beziehen, hängen eng zusammen. Eine Verbesserung der durch die nationalen Indikatoren erfassten Lebensumstände bedeutet daher auch, dass sich die Situation der Europa 2020-Zielgruppe entscheidend verbessert. Es sind auch ursächliche Wirkungszusammenhänge anzunehmen: So ist plausibel, dass eine Verringerung der Zahl arbeitsmarktferner Personen die Zahl der Armutgefährdeten reduziert oder eine Senkung der Wohnkostenbelastung zu geringerer Depri-

vation führt. Allerdings gehen die nationalen Indikatoren – gerade im Bereich der Wohnraumversorgung – deutlich über die europäischen Indikatoren hinaus und ermöglichen eine gezielte inhaltliche Schwerpunktsetzung.

Die Entwicklung des europäischen Leitindikators seit 2008 ist für Österreich besonders im Licht der international angespannten wirtschaftlichen Lage durchaus positiv zu beurteilen. Auch die nationalen Indikatoren zeigen bisher keine gravierenden, durch die Wirtschaftskrise unmittelbar ausgelösten negativen Tendenzen. Im Gegenteil zeigt beispielsweise die Entwicklung des Medianeinkommens besonders für Familien oder der Wohnungsbelag von Mehrpersonenhaushalten zum Teil erhebliche Verbesserungen.

Die nationalen Indikatoren zeichnen ein wesentlich differenzierteres Bild der sozialen Teilhabe und decken wachsende Polarisierungen auf. So verloren in den letzten Jahren jene Gruppen zusätzlich an Boden, die bereits von Benachteiligungen betroffen waren. Dies zeigt sich vor allem in einem seit 2005 kontinuierlich verlaufenden Anstieg von manifester Armut und verfestigter Deprivation. Da diese Entwicklung bereits in den Jahren vor der Wirtschaftskrise eingesetzt hat, muss von einem längerfristigen sozialen Prozess ausgegangen werden, dem beispielsweise durch kurzfristige Transferleistungen kaum nachhaltig entgegengewirkt werden kann.

Nationale Eingliederungsindikatoren, Stand 2012

Berichtsjahr 2010 ¹⁾	Absolut (gerundet)	in %	Verbesserung/ Verschlechterung von 2008 bis 2010
HAUSHALTSEINKOMMEN UND LEBENSSTANDARD			
1. MANIFESTE ARMUT (in 1.000 / % der Bevölkerung)	511	6,2	0
2. PREISBEREINIGTES STANDARDISIERTES MEDIANEINKOMMEN (in EUR (Preise 2007) / Steigerung zum Vorjahr)	19.889	3,2	0
3. EINKOMMENS LÜCKE (in Mio. EUR / % vom BIP)	2.004	0,7	--
4. VERFESTIGTE DEPRIVATION (in 1.000 / % der Bevölkerung)	855	10,6	--
5. MASSIVE ZAHLUNGSPROBLEME (in 1.000 / % der Bevölkerung)	150	1,8	0
WOHNRAUM			
6. ÜBERBELAG IN MEHRPERSONENHAUSHALTEN (in 1.000 / % der Bevölkerung in Mehrpersonenhaushalten)	453	5,5	++
7. SEHR HOHER WOHNUNGS-AUFWAND (in 1.000 / % der Bevölkerung)	1.460	17,6	0
8. PREKÄRE WOHNQUALITÄT (in 1.000 / % der Bevölkerung)	273	3,3	+
9. BELASTUNG DURCH WOHN-UMGEBUNG (in 1.000 / % der Bevölkerung)	842	10,2	-
10. REGISTRIERTE WOHNUNGS-SLOSIGKEIT (in 1.000 / % der Bevölkerung)	12	0,2	-
ERWERBSLEBEN			
11. ARBEITSMARKTFERNENQUOTE (in 1.000 / % der 18- bis 59-Jährigen; ohne Pension / nicht in Ausbildung)	654	14,8	0
12. HAUSHALTSEINKOMMEN AUS ERWERBSARBEIT UNTER ARMUTS-GEFÄHRDUNGSSCHWELLE (in 1.000 / % der Personen in Erwerbshaushalten)	1.126	18,2	0
13. LÖHNE UNTER ZWEI DRITTEL DES BRUTTOMEDIANLOHNES (in 1.000 / % der Erwerbstätigen)	417	13,7	+
14. ERWERBSHINDERNISSE DURCH BETREUUNGSPFLICHTEN (in 1.000 / % der 18-59-Jährigen; ohne Pension / nicht in Ausbildung)	82	1,9	-
15. LANGZEITBESCHÄFTIGUNGSLOSE (in 1.000)	74	-	--
BILDUNGSCHANCEN			
16. BILDUNGS-AKTIVITÄT (in 1.000 / in % der Bevölkerung ab 15 Jahren)	2.520	36,3	+
17. BESUCH VORSCHULISCHER BILDUNGSEINRICHTUNGEN (in 1.000 / in % der 0- bis 4-Jährigen)	179	45,7	+
18. BILDUNGS-FERNE JUGENDLICHE (in 1.000 / in % des Schuljahrgangs)	7	7,2	0
GESUNDHEIT			
19. MEHRFACHE GESUNDHEITLICHE EINSCHRÄNKUNG (in 1.000 / in % der Bevölkerung ab 16 Jahren)	630	9,1	+
20. SOZIALE LEBENSERWARTUNGS-DIFFERENZEN ²⁾ (Unterschied in der ferneren Lebenserwartung zum Alter 35 zwischen höchstem und niedrigstem Bildungsstand)	4,2 Jahre	-	

Quelle: Statistik Austria

1) Definition der Indikatoren im Glossar.

2) Referenzjahr 2006 -

Ausmaß der Veränderung von 2008 bis 2010: ++ Verbesserung > 10%; + Verbesserung von 6 bis 10%; 0 -5 bis +5%; - Verschlechterung um 6 bis 10%; -- Verschlechterung > 10%

14.3.1 INDIKATOREN ZU ERWERBSLEBEN, BILDUNG, GESUNDHEIT

Schlüsselressourcen für die aktive soziale Teilhabe sind Erwerbsarbeit, Bildung und Gesundheit. Kritisch war in den Jahren von 2008 bis 2010 dabei vor allem die Entwicklung am Arbeitsmarkt. Unter den hier ausgewählten Indikatoren ist besonders eine sehr starke Zunahme bei der Zahl der Langzeitbeschäftigungslosen zu bemerken. Auch der Anteil der Personen mit Erwerbshindernissen aufgrund von Betreuungsverpflichtungen hat sich etwas erhöht und die Zahl der arbeitsmarktfernen Personen hat sich von 2008 bis 2010 kaum mehr verringert. Daraus ergab sich schließlich auch keine substantielle Verbesserung bei der Absicherung durch das Erwerbseinkommen der privaten Haushalte hinsichtlich der Armutgefährdungsschwelle. Deutlich zurückgegangen ist allerdings der Anteil der Erwerbstätigen mit einem Stundenlohn unter einer Schwelle von zwei Drittel des Bruttomedianlohnes.

Durchwegs positiv war in den Jahren von 2008 bis 2010 die Entwicklung der hier ausgewählten Bildungsindikatoren. Der Anteil der bildungsaktiven Bevölkerung hat sich deutlich erhöht, ebenso die Besuchsquoten bei vorschulischen Betreuungseinrichtungen. Der Anteil der bildungsfernen Jugendlichen in den Jahrgängen am Ende der Schulpflicht hat sich zumindest leicht verringert.

Die Entwicklung im Bereich Gesundheit ist vor allem aus längerfristiger Perspektive zu beurteilen. Hier ist zuerst auf die Tatsache zu verweisen, dass bei Personen, die keinen weiterführenden Schulabschluss erlangen, die Lebenserwartung um mehr als vier Jahre gegenüber Personen verkürzt ist, die in diesem Alter einen Hochschulabschluss vorweisen können. Aus kurzfristiger Perspektive ist eine leichte Verbesserung hinsichtlich der Zahl der Personen mit mehrfacher gesundheitlicher Einschränkung zu bemerken, wobei starke soziale Differenzierungen weiterhin bestehen.

Auch wenn die hier ausgewählten Gesundheits- und Bildungsindikatoren insgesamt tendenziell eher auf eine Verbesserung hinweisen, bleibt unklar, ob diese Entwicklung den wachsenden Herausforderungen auf dem Arbeitsmarkt ausreichend gerecht werden kann.

Erwerbsleben

Die Entwicklung des Arbeitsmarkts verlief im Berichtszeitraum 2008 bis 2010 zum Teil kritisch. Besonders problematisch sind dabei die langfristigen Folgen der Beschäftigungslosigkeit, sowohl für die finanzielle Absicherung als auch für die Chance auf Wiedereinstieg in das Berufsleben.

Nationale Indikatoren zum Bereich „Erwerbsleben“ 2008-2010

	2008		2009		2010	2010
	in %	in 1.000	in %	in 1.000	in %	in 1.000
Arbeitsmarktfernenquote ¹⁾	15,5	675	13,7	597	14,8	654
Haushaltseinkommen aus Erwerbsarbeit unter der Armutgefährdungsschwelle ²⁾	17,7	1.086	17,1	1.056	18,2	1.126
Löhne unter zwei Drittel des Bruttomedianlohns ³⁾	15,2	462	14,9	446	13,7	417
Erwerbshindernisse durch Betreuungspflichten ⁴⁾	1,8	78	2,0	86	1,9	82
Vorgemerkte Langzeitbeschäftigungslose ⁵⁾	-	54	-	58	-	74

Quelle: Statistik Austria, EU-SILC, Arbeitskräfteerhebung; AMS Datawarehouse

Definitionen: siehe Glossar

- 1) 18-59-Jährige; ohne Pension / nicht in Ausbildung
- 2) Personen in Erwerbshaushalten
- 3) Unselbstständige ohne Lehrlinge
- 4) 18-59-Jährige; ohne Pension / nicht in Ausbildung
- 5) Personen mit AMS Vormerkung

Die Zahl der Langzeitbeschäftigungslosen hat seit 2008 um 37% zugenommen und betraf im Jahr 2010 74.000 Personen. Gleichzeitig ist die Zahl der Personen mit Erwerbshindernissen aufgrund von Betreuungspflichten leicht gestiegen und umfasste im Jahr 2010 78.000 Frauen und 4.000 Männer. Für die Mehrheit der Personen im Erwerbsalter hat sich die Erwerbssituation insgesamt jedoch leicht verbessert. So hat sich beispielsweise die Quote der Arbeitsmarktfernen von 2008 bis 2010 um 3% auf nunmehr 654.000 Personen verringert. Zugleich hat sich die Zahl der Personen mit Löhnen unter zwei Drittel des Bruttomedianlohns um 10% verringert. Im Jahr

2010 erhielten 417.000 Personen zwischen 18 und 59 Jahren einen Stundenlohn von weniger als 7,99 EUR.

Bildung

Drei nationale Indikatoren nehmen unterschiedliche Aspekte der Bildungsteilnahme in den Blick: das Ausmaß der schulischen, beruflichen oder freizeitbezogenen Bildungsaktivität, der Anteil der bildungsfernen Jugendlichen und der Besuch vorschulischer Betreuungseinrichtungen. Bei allen Indikatoren gab es im Vergleich zum Jahr 2008 Verbesserungen.

Nationale Indikatoren zum Bereich „Bildung“ 2008-2010

	2008		2009		2010	
	in %	in 1.000	in %	in 1.000	in %	in 1.000
Bildungsaktivität ¹⁾	34,2	2.347	35,3	2.438	36,3	2.520
Besuch vorschulischer Bildungseinrichtungen ²⁾	42,0	167	44,4	175	45,7	179
Bildungsferne Jugendliche ³⁾	7,4	7.251	7,6	7.410	7,2	6.926

Quelle: Statistik Austria, EU-SILC. Kindertagesheimstatistik, Schulstatistik

Definitionen: siehe Glossar

1) Bevölkerung ab 16 Jahren

2) Kinder bis vier Jahre

3) Jugendliche, die im vorangegangenen Jahr ihre Schulpflicht beendet haben

Der Indikator „Bildungsaktivität“ fokussiert auf den Zeitraum eines gesamten Jahres (Vorjahr der Befragung) und umfasst neben formaler auch berufliche und freizeitbezogene Bildungsaktivitäten. Seit 2008 hat die Bildungsaktivität der Bevölkerung ab 16 Jahren zugenommen. Im Jahr 2010 nahmen 2,5 Millionen Personen dieser Altersgruppe an Bildungsaktivitäten teil, das sind 36% der Bevölkerung ab 16 Jahren.

Durchschnitt lag das Wachstum der Bildungsaktivität bei den 45- bis 64-Jährigen (2008: 27%, 2010: 31%).

Nahezu alle Altersgruppen wiesen eine steigende Bildungsaktivität im Beobachtungszeitraum auf. Lediglich die Gruppe im Alter von 64 Jahren und darüber stagnierte bei unter 7%. Über dem

Die verstärkte Bildungsaktivität steht in engem Zusammenhang mit den Aktivitäten für berufsbezogene Ausbildung. Im Laufe des Jahres waren laut EU-SILC 2010 21% der Bevölkerung ab 16 Jahren in solche Aktivitäten einbezogen (auch AMS Kurse). Zugenommen hat aber auch die Teilnahme an Freizeitkursen (2010: 865.000 Personen). Die Beteiligung an formalen Bildungsaktivitäten hat sich seit 2008 hingegen nicht verändert (2010: 12,5% bzw. 861.000 Personen).

Soziale Differenzierung des Indikators „Bildungsaktivität“ 2008-2010

	Bildungsaktive Personen		
	2008	2009	2010
	Anteil der Bevölkerung an 16 Jahren in %		
Insgesamt	34,2	35,3	36,3
Geschlecht			
Männer (ab 18 Jahren)	33,0	34,1	35,2
Frauen (ab 18 Jahren)	31,1	32,1	34,1
Alter			
Unter 18 Jahren	94,6	95,8	97,6
18-24 Jahre	66,3	67,4	69,8
25-44 Jahre	40,7	41,6	43,4
45-64 Jahre	27,0	29,0	31,4
Über 64 Jahre	6,7	6,7	6,5
Höchste abgeschlossene formale Bildung			
Pflichtschule	24,7	25,2	23,5
Lehre/ Mittlere Schule	26,1	27,0	28,3
Matura	52,3	56,3	58,8
Hochschule	63,6	64,3	65,8

Quelle: Statistik Austria, EU-SILC

Die Bildungsaktivität dient nicht nur dem Aufbau arbeitsmarktrelevanter Qualifikation, sondern erhöht auch die Wahrscheinlichkeit, später Aus- und Weiterbildungen zu besuchen. Tatsächlich ist der Anteil der Bildungsaktiven bei Personen, die bereits über einen Hochschulabschluss verfügen (65,8%), beinahe dreimal so hoch wie bei Personen ohne weiterführenden Schulabschluss (23,5%).

Im Umkehrschluss ist davon auszugehen, dass eine vorzeitige Beendigung der Bildungslaufbahn später ein nur mit großem Aufwand behebbares Hindernis darstellt. Die nationalen Indikatoren berücksichtigen deshalb auch die Gruppe von Jugendlichen eines Jahrgangs, die im Jahr nach Beendigung der Schulpflicht bzw.

in ihrem 15. Lebensjahr keine weiterführende Ausbildung absolviert. Dabei handelt es sich um eine verhältnismäßig kleine Gruppe. Von den 96.125 Jugendlichen, die im Schuljahr 2008/09 im letzten Jahr der Schulpflicht waren, besuchten 6.926 im folgenden Schuljahr (2009/10) keine weitere Ausbildung mehr. Das entspricht 7,2% des gesamten Jahrganges. Die Gruppe der Bildungsfernen umfasst auch 1.500 Jugendliche, die noch keinen Pflichtschulabschluss erreicht haben. Die Aussichten auf Aufnahme einer Beschäftigung oder Fortsetzung des Ausbildungsweges sind für diese Gruppe besonders problematisch. Der Jahrganganteil der bildungsfernen Jugendlichen verdoppelt sich gegenüber dem Durchschnitt, wenn die Umgangssprache nicht Deutsch ist.

Jugendliche im Alter von 14 Jahren ohne weitere Ausbildung nach Abschluss der Schulpflicht 2008/2009

	Insge- samt	Geschlecht		Umgangssprache	
		männ- lich	weiblich	Deutsch	nicht Deutsch
Insgesamt (absolut)	96.125	49.335	46.790	80.100	16.025
Ohne weitere Ausbildung im Schuljahr 2009/2010 (in %)	7,2	7,8	6,6	5,9	13,8
... davon Abschluss der Sekundarstufe I erreicht (in %)	5,6	5,9	5,4	4,9	9,5
... davon Abschluss der Sekundarstufe I nicht erreicht (in %)	1,6	1,9	1,2	1,0	4,3

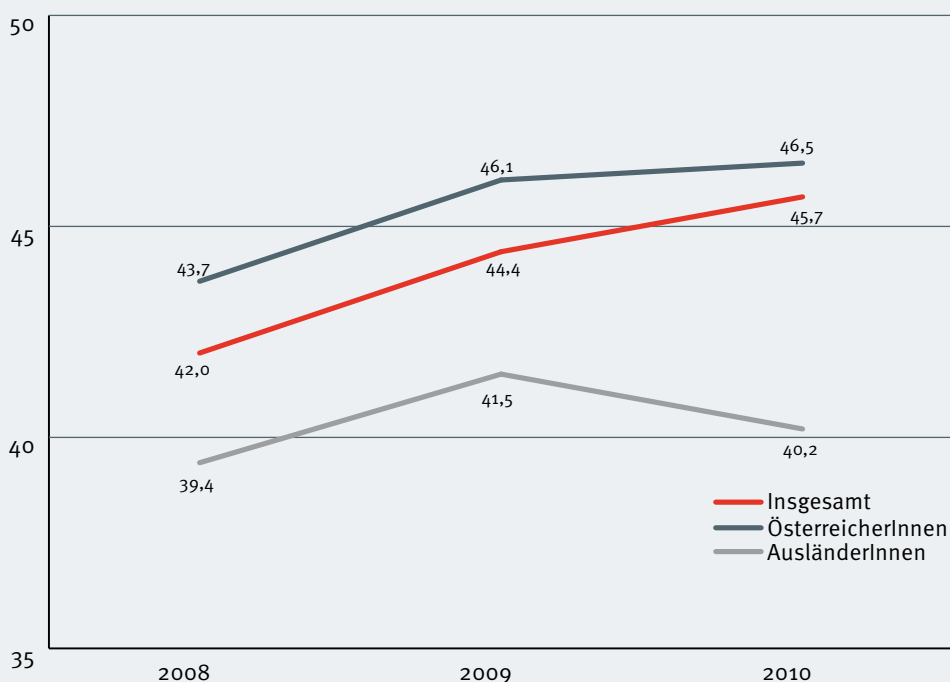
Quelle: Statistik Austria, Schulstatistik

Lesehilfe: Von den Jugendlichen mit nicht-deutscher Umgangssprache die 2008/2009 im letzten Jahr ihrer Schulpflicht waren, besuchten 9,5% 2009/2010 keine weitere Ausbildung, haben aber einen Abschluss der Sekundarstufe I erreicht.

Spätere Bildungschancen können bereits im Vorschulalter entscheidend geprägt werden. Insbesondere gilt dies für Kinder mit nicht-deutscher Muttersprache. Andererseits sind geeignete Kinderbetreuungsmöglichkeiten eine wichtige Voraussetzung für die Erwerbsbeteiligung bzw. den Wiedereinstieg von Eltern. Das verpflichtende Vorschuljahr gilt erst für die 5-Jährigen, dennoch war in den letzten Jahren auch ein kontinuierlicher Anstieg der Betreuungsquote bei den 0- bis

4-jährigen zu verzeichnen. Im Jahr 2010 wurden bereits 46% dieser Altersgruppe in einem Kindergarten oder einer ähnlichen Einrichtung betreut. Die Betreuungsquoten sind unabhängig von der Staatsbürgerschaft gestiegen, sind jedoch bei Kindern mit österreichischer Staatsbürgerschaft höher als bei Kindern mit ausländischer Staatsbürgerschaft, zuletzt um über sechs Prozentpunkte.

Besuch vorschulischer Bildungseinrichtungen nach Staatsbürgerschaft 2008-2010



Quelle: Statistik Austria, Kindertagesheimstatistik

Gesundheit

Mehrfache gesundheitliche Einschränkungen können laut EU-SILC durch eine chronische Krankheit, einen sehr schlechten allgemeinen Gesundheitszustand oder Einschränkungen bei alltäglichen Tätigkeiten bestehen. Wer davon betroffen ist, hat nicht nur erschwerte Erwerbsmöglichkeiten, sondern sieht sich häufig erhöhten Lebenshaltungskosten für medizinische Versorgung oder Pflege gegenüber. In den Jahren von 2008 bis 2010 ist die Quote für mehrfache gesundheitliche Einschränkungen von 10% auf

9% der Bevölkerung ab 16 Jahren (630.000 Betroffene) zurückgegangen. Dieser Anteil nimmt mit dem Alter deutlich zu und erreicht bei den Personen ab 65 Jahren bereits über 20%. Diese Quote ist etwa achtmal so hoch wie jene der 25- bis 44-Jährigen, von denen lediglich knapp 3% betroffen sind. Gesundheitliche Einschränkungen weisen aber auch einen starken Zusammenhang mit dem Bildungsstand auf. Der Anteil der mehrfachen gesundheitlichen Einschränkungen ist beispielsweise für Personen, die über keinen weiterführenden Bildungsabschluss verfügen, viermal so hoch wie für Personen mit Matura.

Soziale Differenzierung des Indikators „Mehrfache gesundheitliche Einschränkung“ 2010

Mehrfach gesundheitlich eingeschränkte Personen ¹⁾ in %	
Insgesamt	9,1
Alter	
18-24 Jahre	(1,1)
25-44 Jahre	2,9
45-64 Jahre	10,3
über 64 Jahre	22,3
Höchste abgeschlossene formale Bildung	
Pflichtschule	16,3
Lehre/ Mittlere Schule	8,6
Matura	4,0
Hochschule	(2,1)

Quelle: Statistik Austria, EU-SILC 2010

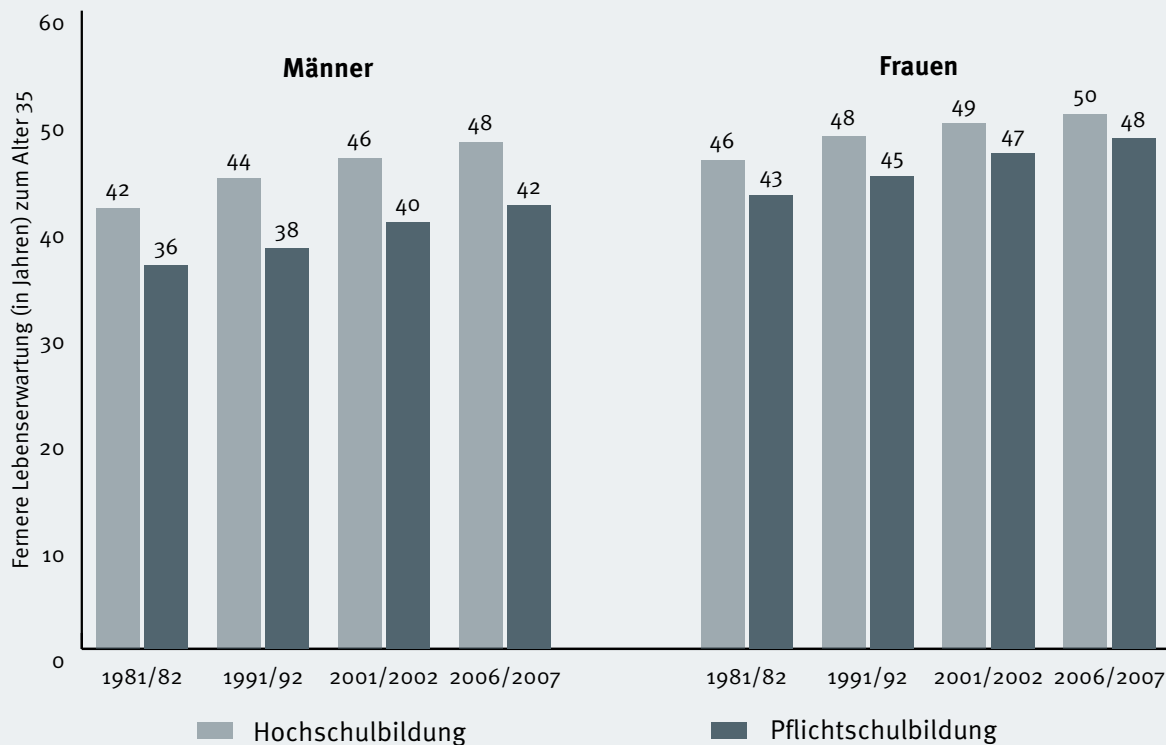
Zahlen in Klammern sind unsichere Schätzungen: Die Zahl der Beobachtungen liegt unter 50 Beobachtungen oder die statistische Schwankungsbreite übersteigt 32% des Schätzwerts.

1) Anteil an der Bevölkerung ab 16 Jahren

Die sozialen Gesundheitsfaktoren spiegeln sich auch langfristig in gravierenden Unterschieden der ferneren Lebenserwartung wider. Diese ist zwar langfristig für alle Bildungsschichten kontinuierlich gestiegen, Personen ohne weiterführenden Schulabschluss leben aber nach wie vor um vier Jahre kürzer als Personen mit Hochschulabschluss (vgl. Klotz 2007). Die bildungsabhän-

gige Differenz der ferneren Lebenserwartung im Alter von 35 Jahren betrug bei Männern im Jahr 2006 sechs, bei Frauen zwei Jahre. Die Lebenserwartungsdifferenz verringerte sich von 1991 bis 2006, und zwar bei den Frauen in stärkerem Ausmaß als bei den Männern, wo sie annähernd gleich blieb.

Fernere Lebenserwartung nach höchstem Bildungsabschluss



Quelle: Statistik Austria, Verknüpfung von Daten der Volkszählungen mit Daten der Todesursachenstatistik

14.3.2 INDIKATOREN ZU LEBENSSTANDARD UND WOHNRAUM

Im Bereich des Lebensstandards gab es auffällige Verschlechterungen bei den Indikatoren zu manifester Armut und verfestigter Deprivation. Auch die Einkommenslücke hat zugenommen. Dies deutet auf eine Verschiebung von Problemlagen und eine stärkere Polarisierung innerhalb der Gruppe der Armut- oder Ausgrenzunggefährdeten hin. Gleichzeitig blieb die Zahl der Personen mit massiven Zahlungsproblemen unverändert und selbst in Krisenzeiten gab es reale Kaufkraftzuwächse.

Auch bei den fünf nationalen Indikatoren zum Wohnen gab es bei zwei Indikatoren Anzeichen für Verschlechterungen. Vor allem die Zahl der registrierten Wohnungslosen sowie subjektiv

empfundene Belastungen durch Kriminalität, Lärm oder Umweltbelastungen in der Wohnumgebung zeigen steigende Tendenzen. Gleichzeitig gab es eine deutlich spürbare Entlastung hinsichtlich des Wohnungsüberbelags in Mehrpersonenhaushalten sowie Verbesserungen bei der Ausstattungsqualität des Wohnraumes. Diese Qualitätsverbesserungen gehen mit einem moderaten Anstieg bei der Zahl von Personen mit sehr hohem Wohnungsaufwand einher.

Lebensstandard

Die insgesamt positive Entwicklung der Einkommen zeigt, dass die monetären Sicherungsmechanismen in Österreich auch in Krisenzeiten gut funktioniert haben. Gleichzeitig weisen einige Indikatoren darauf hin, dass die Situation der benachteiligten Bevölkerungsgruppen längerfristig schwieriger geworden ist.

Nationale Indikatoren zum Bereich „Lebensstandard“ 2008-2010

	2008		2009		2010	
	in %	„in 1.000“	in %	„in 1.000“	in %	„in 1.000“
Manifeste Armut ¹⁾	6,0	492	5,9	488	6,2	511
Standardisiertes Haushaltseinkommen ²⁾	2,5	19.010	1,4	19.272	3,2	19.889
Einkommenslücke ³⁾	0,6	1.752	0,7	2.048	0,7	2.004
Verfestigte Deprivation ⁴⁾	9,0	713	11,9	957	10,6	855
Massive Zahlungsprobleme ⁵⁾	2,1	171	1,7	143	1,8	150

Quelle: Statistik Austria(EU-SILC); KSV1870 (Kleinkreditevidenz)

Definitionen: siehe Glossar

- 1) Definition von finanzieller Deprivation nach nationaler Definition siehe Glossar
- 2) preisbereinigte Steigerungsrate / Standardisiertes Haushaltseinkommen in EUR (Preise 2007)
- 3) % des BIP / Mio. EUR
- 4) nationale Definition, siehe Glossar
- 5) Zahlen aus dem Jahr 2008 sind nicht vergleichbar (Löschfristen des KSV wurden verkürzt).

In den Jahren von 2008 bis 2010 stieg das preisbereinigte standardisierte Medianeinkommen der Privathaushalte trotz der Wirtschafts- und Finanzkrise um durchschnittlich 2,4%. Dieser Wert entspricht der Kaufkraftsteigerung gegenüber dem durchschnittlichen Verbraucherpreisindex. Die in EU-SILC 2010 erfassten Einkommen beziehen sich auf das Jahr 2009, also jenes Jahr, in dem die Auswirkungen der weltweiten Wirtschafts- und Finanzkrise die österreichische Realwirtschaft erfassten. Der Anstieg im Vergleich zu 2008 zeigt, dass die Auswirkungen der Krise einerseits durch relativ hohe Lohnabschlüsse im Herbst 2008, andererseits durch die Steuerreform sowie durch Konjunktur- und Arbeitsmarktpakete (wie Kurzarbeit, Bildungskarenz, Altersteilzeit und die Einrichtungen von Jugendstiftungen) abgefedert werden konnten.

Dennoch waren die Auswirkungen der Wirtschaftskrise für bestimmte Bevölkerungsgruppen stärker spürbar: Vor allem die Jugendlichen und die vorwiegend männlichen Beschäftigten in exportorientierten Bereichen der Sachgütererzeugung waren primär von der Krise betroffen. Im weiteren Verlauf zählten auch Frauen im Dienstleistungsbereich dazu (vgl. Mahringer 2009). Bei der Entwicklung der Haushaltseinkommen kann die Haushaltssituation eine verstärkende oder kompensierende Rolle spielen: So zählen Männer zwischen 20 und 39 Jahren,

Männer über 65 Jahre und Personen mit maximal Pflichtschulabschluss zu jenen Gruppen, deren Medianeinkommen im Jahresvergleich lediglich eine geringfügige Steigerung erfahren hat (BMASK 2011, 160). Alleinlebende Männer erlitten im Jahr 2010 sogar Kaufkraftverluste gegenüber dem Jahr 2009.

Kaufkraftzuwächse gab es vor allem bei Familien. Zwischen 2008 und 2010 stieg beispielsweise das standardisierte Einkommen von Haushalten mit mindestens drei Kindern um durchschnittlich 2,9% pro Jahr. Hingegen konnten die standardisierten Einkommen der Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdeten im Zeitraum seit 2008 kaum an Kaufkraft zulegen. Dabei ist der Warenkorb der unteren Einkommen stärker von Ausgaben für Wohnen und Lebensmittel dominiert als der für den Verbraucherpreisindex maßgebliche durchschnittliche Warenkorb. Die Preisentwicklung dieser Güter lag meist über dem Durchschnitt, sodass tendenziell von realen Kaufkraftverlusten für die Gruppe der Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdeten auszugehen ist. Der Zuwachs für die nicht von Armut oder sozialer Ausgrenzung Betroffenen liegt mit durchschnittlich 2,3% ebenfalls knapp unter dem Bevölkerungsdurchschnitt. Tatsächlich erklärt sich der Kaufkraftgewinn der Gesamtbevölkerung durch eine Verringerung der Zahl von Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdeten.

Soziale Differenzierung der preisbereinigten standardisierten Haushaltseinkommen

Preisbereinigtes stand. Haushaltseinkommen durchschnittliche Steigerung von 2008 bis 2010 in %	
Insgesamt	2,4
Nicht-Armuts-/Ausgrenzungsgefährdete	2,3
Armuts-/Ausgrenzungsgefährdete	1,7
Höchste abgeschlossene formale Bildung	
Pflichtschule	1,6
Lehre/Mittlere Schule	1,9
Matura	2,9
Hochschule	2,9
Alter	
Unter 18 Jahren	2,4
18-24 Jahre	2,2
25-44 Jahre	2,4
45-64 Jahre	2,2
Über 64 Jahre	1,6
Haushalt	
Alleinlebende Männer	0,3
Alleinlebende Frauen	1,7
Mehrpersonenhaushalt ohne Kinder	2,1
Ein-Eltern-Haushalt	4,0
Mehrpersonenhaushalt + 1 Kind	2,8
Mehrpersonenhaushalt + 2 Kinder	2,1
Mehrpersonenhaushalt + mind. 3 Kinder	2,9
Staatsbürgerschaft/ Geburtsland	
Geburtsland und Staatsbürgerschaft Österreich	2,3
Geburtsland oder Staatsbürgerschaft EU 27/EFTA	3,2
Geburtsland oder Staatsbürgerschaft Drittstaaten	0,6
Personen mit gesundheitlichen Einschränkungen ¹⁾	1,3

Quelle: Statistik Austria, EU-SILC

1) ab 16 Jahren

Die Preisbereinigung erfolgte mittels Verbraucherpreisindex 2005.

Die größte Teilgruppe unter den Ausgrenzungsgefährdeten sind Personen mit Einkommen unter der Armutsgefährdungsschwelle; ihre Zahl blieb seit 2008 nahezu unverändert. Jedoch hat sich die kumulierte Einkommenslücke von 2008 bis 2010 um 14% erhöht und erreichte im Jahr 2010 einen Gesamtbetrag von zwei Milliarden EUR bzw. 0,74% des Bruttoinlandsprodukts.

Obwohl die Einkommensentwicklung für die Gesamtbevölkerung eher günstig war, gab es bereits in den Jahren vor der Wirtschaftskrise Anzeichen für

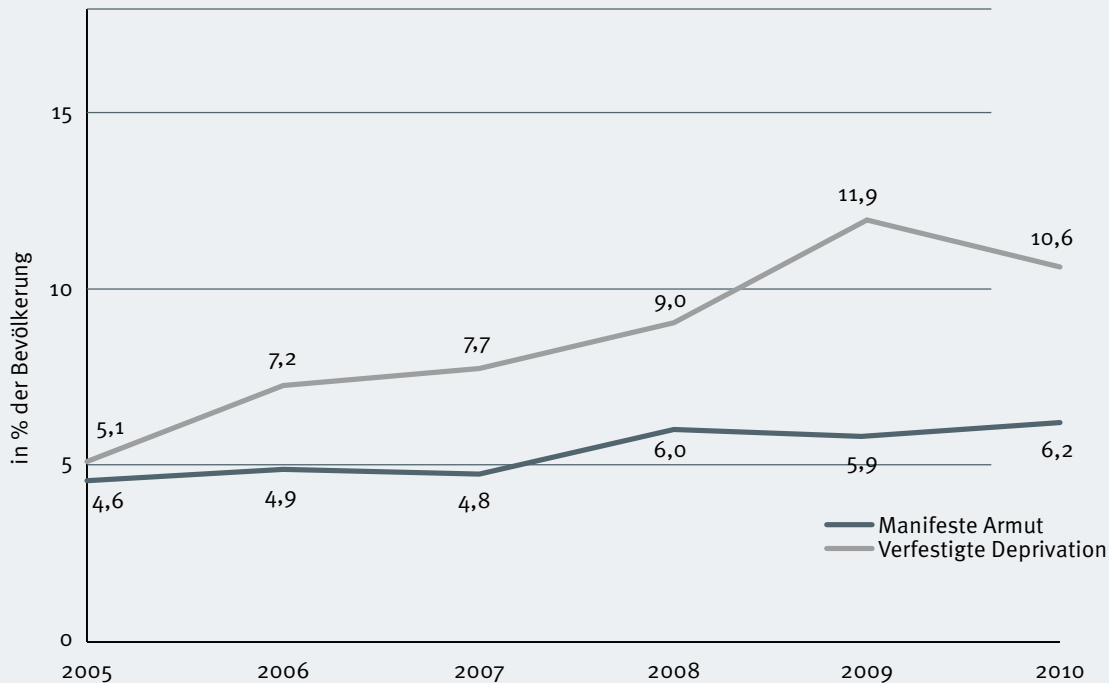
eine Verschärfung der Problemlagen von benachteiligten Personen. Besonders sichtbar wird dies am langfristigen Anstieg von manifester Armut. Manifest arm sind Personen, die sowohl monetär armutsgefährdet als auch (nach einer eigenen nationalen Definition) finanziell depriviert sind. Derzeit sind bereits eine halbe Million Menschen betroffen (6,2% der Bevölkerung), das sind um rund 140.000 Personen mehr als noch im Jahr 2005.

Noch deutlicher ist die Zunahme langfristig verfestigter Armutslagen. Seit 2005 hat sich die

Zahl der Menschen, die in zwei aufeinanderfolgenden Jahren (nach nationaler Definition) finanziell depriviert waren, mehr als verdoppelt.

Im Jahr 2010 waren somit bereits 855.000 Menschen von dieser Form der verfestigten Deprivation betroffen.

Nationale Indikatoren „Manifeste Armut“ und „Verfestigte Deprivation“ 2005-2010



Quelle: Statistik Austria, EU-SILC

Während sich also die Einkommenssituation insgesamt verbessert hat und auch die monetäre Armutsgefährdung kaum Veränderungen zeigt, vergrößert sich der Kreis an Personen mit schweren finanziellen Einschränkungen in der täglichen Lebensführung. Dies ist ein deutlicher Hinweis darauf, dass Problemlagen nicht allein von der Einkommenssituation abhängig sind. Erhöhter Bedarf – etwa durch die allgemeine Teuerung oder Gesundheitskosten – kann eine wichtige Rolle spielen. Andererseits ist davon auszugehen, dass besonders Schuldenprobleme zu Problemlagen beitragen, wenn das Einkommen über der Armutsgefährdungsschwelle liegt.

Beinahe die Hälfte der Bevölkerung in Österreich lebt in einem Haushalt mit Kreditverbindlichkeiten. Bei Problemen mit Rückzahlungen von Kreditraten ist der Handlungsspielraum deutlich eingeschränkt. Die Folgen von Rückständen bei Zahlungen können schwerwiegend sein: An-

fallende Mahnspesen, Gerichtskosten, Zinsen oder Wohnungsverlust bei Mietrückständen verschärfen die prekäre finanzielle Situation der Betroffenen. Laut Kleinkreditevidenz des Kreditschutzverbandes hatten im Jahr 2010 1,8% der Gesamtbevölkerung schwerwiegende Probleme bei der Zahlung von Kreditraten (150.000 Personen). Für die betroffenen Personen wurden beim Kreditschutzverband insgesamt 437.000 Zahlungsstörungen gemeldet. Die Zahl der Betroffenen hat sich von 2009 bis 2010 geringfügig erhöht (+8.000 Personen).

Wohnraum

Eine deutliche Verbesserung im Bereich der Wohnsituation im Berichtszeitraum 2008 bis 2010 zeigte der Indikator „Überbelag in Mehrpersonenhaushalten“: Der Anteil der Betroffenen hat sich um nahezu ein Viertel auf 453.000 Personen (5,5%) verringert. Diese Entwicklung

ist überwiegend auf eine verbesserte Wohnsituation der Personen mit Migrationshintergrund zurückzuführen.⁷ Besonders Familien haben von dieser Entwicklung profitiert.

Verbesserungen gab es auch bei der Ausstattungsqualität der Wohnungen. Im Jahr 2010 lebten 273.000 Personen (3,3%) in prekären Wohnverhältnissen (Substandardwohnungen mit schlechten Lichtverhältnissen, Feuchtigkeit oder fehlender Waschküche). Das sind um 7% weniger als noch im Jahr 2008. Gleichzeitig mit diesen

zum Teil deutlichen Verbesserungen hat sich der Wohnungsaufwand tendenziell erhöht. Die Zahl der Personen mit Wohnkosten über 25% des verfügbaren Einkommens lag im Jahr 2010 bei 1,46 Millionen (17,6%), um knapp fünf Prozent mehr als im Jahr 2008. Deutlich verschlechtert hat sich die subjektiv empfundene Belastung durch Kriminalität, Lärm oder Umweltbelastungen in der Wohnumgebung. Insgesamt waren 842.000 Menschen (10,2%) im Jahr 2010 betroffen, das entspricht einer Zunahme um fast 10%.

Nationale Indikatoren zum Bereich „Wohnraum“ 2008-2010

	2008		2009		2010	
	in %	in 1.000	in %	in 1.000	in %	in 1.000
Überbelag ¹⁾	7,1	583	6,9	567	5,5	453
Sehr hoher Wohnungsaufwand	16,8	1.387	16,0	1.325	17,6	1.460
Prekäre Wohnqualität	3,6	294	3,5	292	3,3	273
Belastung durch Wohnumgebung	9,3	768	10,4	859	10,2	842
Registrierte Wohnungslosigkeit	0,1	11	0,2	12	0,2	12

Quelle: Statistik Austria, EU-SILC; Statistik des Bevölkerungsstandes

Definitionen: siehe Glossar

1) Personen in Mehrpersonenhaushalten

Die genannten Indikatoren bilden unterschiedliche Stufen in einem Prozess der Wohnintegration ab. Bis zu einem gewissen Grad ist es möglich, der eingeschränkten Finanzierbarkeit von angemessenem Wohnraum mit Abstrichen bei der Wohnungsqualität oder der Wohnungsgröße zu begegnen. Verschärfte soziale Ausgrenzung zeigt sich jedoch dann, wenn Menschen in persönlichen Krisensituationen auch mit dem Verlust von Wohnraum konfrontiert sind und keine (weiteren) Abstriche bei der Wohnqualität mehr machen können. Diese extreme Ausprägung der sozialen Ausgrenzung kann unterschiedliche Erscheinungsformen haben. Während Obdachlosigkeit die augenfälligste Form der Wohnungslosigkeit ist, gibt es auch vielfach unsichtbare Wohnungslosigkeit etwa durch das temporäre Unterkommen bei FreundInnen, Bekannten oder in Anstalten. Das Ausmaß der Wohnungslosigkeit in Österreich war bisher nur unzureichend

dokumentiert. Im Rahmen der nationalen Eingliederungsindikatoren stehen nun erstmals veröffentlichte Daten zur „registrierten Wohnungslosigkeit“ zur Verfügung. Der Kreis der im Jahresverlauf 2010 Betroffenen umfasst demnach mindestens 12.266 Menschen. Das sind um 8% mehr als 2008. Diese Menschen verfügten entweder über eine Hauptwohnsitzbestätigung für Obdachlose oder waren in einer Einrichtung für Wohnungslose gemeldet. Bemerkenswert ist, dass nahezu die Hälfte der registrierten Wohnungslosen im Jahr davor noch nicht in den Daten erfasst war. Es ist daher von einer erheblichen Dynamik auszugehen, die einen wesentlich weiteren Personenkreis erfasst als bisher angenommen. Binnen eines Jahres verlässt etwa die Hälfte der Betroffenen wieder den Status der registrierten Wohnungslosigkeit. Umgekehrt kann davon ausgegangen werden, dass jedes Jahr annähernd 6.000 Menschen wohnungslos werden.

⁷ Die Veränderungen des Überbelags in Haushalten von Personen mit Migrationshintergrund sind vor dem Hintergrund der veränderten rechtlichen Rahmenbedingungen (bspw. erleichterter Zugang zu Gemeindewohnungen) zu sehen.

Registrierte Wohnungslosigkeit ist nahezu ausschließlich auf die größeren Städte konzentriert. In Wien leben fast drei Viertel der Wohnungslosen, in den Städten Graz, Linz, Salzburg und

Innsbruck halten sich ungefähr ein Fünftel der betroffenen Personen auf, sodass insgesamt 92% der registrierten Wohnungslosen auf die fünf größten Städte konzentriert sind.

Registrierte Wohnungslosigkeit nach Gemeindegröße 2008-2010

	Registrierte Wohnungslose		
	2008	2009	2010
Insgesamt	11.399	12.309	12.266
Gemeindegröße			
Wien	8.321	9.136	8.893
100.000 bis 500.000 EW	2.236	2.284	2.444
10.000 bis unter 100.000 EW	744	775	811
unter 10.000 EW	98	114	118

Quelle: Statistik Austria, Statistik des Bevölkerungsstandes

14.4 NATIONALE INDIKATOREN UND ARMUTS-/AUSGRENZUNGS-GEFÄHRDUNG

Die Europa 2020-Zielgruppe ist von zahlreichen sozialen Benachteiligungen betroffen. Dies zeigen jene zwölf nationalen Indikatoren, die aus EU-SILC berechnet werden können. Der Kreis der betroffenen Personen in Österreich hat sich zwischen 2008 und 2010 um rund elf Prozent verringert. Dabei sind vor allem jene Personen in der Zielgruppe verblieben, die besonders schweren Benachteiligungen ausgesetzt sind.

Die Steigerungsrate für das preisbereinigte standardisierte Medianeinkommen blieb für Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdete in den vergangenen beiden Jahren unter jenem der Nicht-Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdeten. Im Jahr 2009 gab es für die Zielgruppe sogar reale Kaufkraftverluste. Demnach hat sich die Einkommensschere weiter geöffnet und es wird für armuts- oder ausgrenzungsgefährdete Personen zunehmend schwieriger, Mängellagen zu überwinden. Insbesondere sind eine Verhärtung und die zeitliche Verfestigung der Problemlagen innerhalb der Zielgruppe zu bemerken. Laut EU-SILC 2010 waren 37% der Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdeten (511.000 Personen) auch manifest arm, d.h. gleichzeitig von Armutsgefährdung und Deprivation (nach nationa-

ler Definition) betroffen. Gegenüber dem Jahr 2008 entspricht das einer Steigerung um 16%. Noch stärker stieg der Anteil der Personen in verfestigter Deprivation. Hier waren zuletzt 41% (556.000 Personen) betroffen (2008: 33%).

Im Bereich „Wohnen“ hatten Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdete bei den Indikatoren „Überbelag“ (2010: 13,4% bzw. 184.000 Personen), „sehr hoher Wohnkostenaufwand“ (2010: 49,2% bzw. 676.000 Personen) und „prekäre Wohnqualität“ (2010: 7,1% bzw. 97.000 Personen) durchwegs drei- bis fünfmal so hohe Quoten wie nicht armuts- oder ausgrenzungsgefährdete Personen. Dabei sind die Indikatoren zur Qualität der Wohnbedingungen immer gemeinsam mit dem durch die Wohnkosten erzeugten Druck auf die finanzielle Lage zu betrachten. Hier zeigt sich seit 2008 eine eindeutige Verschärfung: Gegenüber dem Jahr 2008 (43,2%) hat sich der Anteil der Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdeten mit sehr hohem Wohnaufwand um 14% erhöht. Hingegen hat sich bei den Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdeten der Anteil an Personen in überbelegten Wohnungen (2008: 18,6%) um 28% verringert. Auch der Anteil der Personen in

prekären Wohnverhältnissen ist etwas geringer geworden (2008: 7,7%). Allerdings setzt sich ein bereits seit einigen Jahren vorhandener leichter Trend zur Polarisierung der Belastung durch die Wohnumgebung fort. Im Jahr 2010 waren 15% der Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdeten (207.000 Personen) gegenüber 9% der nicht Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdeten (636.000 Personen) subjektiven Belastungen durch Kriminalität, Lärm oder Umweltverschmutzung ausgesetzt. Dieser Anteil hat insgesamt zugenommen, für armuts- oder ausgrenzungsgefährdete

Personen war der relative Anstieg um 20% aber besonders stark ausgeprägt. Dies könnte ein erstes Anzeichen einer beginnenden räumlichen Segregation sein, zumal sich hier ein längerfristiger Trend fortsetzt. Seit dem Tiefstand im Jahr 2005 (10,3%) hat sich der Anteil für Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdete um 47% erhöht, im selben Zeitraum ging die subjektive Belastung durch Kriminalität, Lärm oder Umweltverschmutzung in der Wohnumgebung der Nicht-Armuts-/Ausgrenzungsgefährdeten (2005: 9,7%) um 5% zurück.

Nationale Indikatoren nach Armuts-/ Ausgrenzungsgefährdung 2008-2010

	„Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdete“			Nicht-Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdete		
	2008	2009	2010	2008	2009	2010
	in %					
HAUSHALTSEINKOMMEN UND LEBENSSTANDARD						
Manifeste Armut	32,1	34,7	37,2	-	-	-
Steigerung des preisber. Haushaltseinkommens	5,0	-2,1	2,3	4,0	0,2	2,6
Verfestigte Deprivation	32,6	41,0	40,5	3,8	5,7	4,6
WOHNRAUM						
Überbelag ¹⁾	18,6	16,1	13,4	4,4	5,0	3,9
Sehr hoher Wohnungsaufwand	43,2	45,3	49,2	10,8	10,0	11,4
Prekäre Wohnqualität	7,7	8,5	7,1	2,6	2,5	2,5
Belastung durch Wohnumgebung	12,6	14,1	15,1	8,6	9,6	9,2
ERWERBSLEBEN						
Arbeitsmarktfernenquote ²⁾	44,8	44,4	48,0	9,5	8,4	9,2
Haushaltseinkommen aus Erwerbsarbeit unter Armutsgefährdungsschwelle ³⁾	76,7	80,3	81,9	8,7	8,3	9,8
Löhne unter 2/3 des Bruttomedianlohns ⁴⁾	41,7	37,7	39,9	12,3	13,1	11,8
BILDUNGSCHANCEN						
Bildungsaktivität ⁵⁾	25,7	26,0	29,1	36,1	37,2	37,7
GESUNDHEIT						
Mehrfache gesundheitliche Einschränkung ⁵⁾	18,5	18,7	15,6	7,9	7,2	7,8

Quelle: Statistik Austria, EU-SILC

Definitionen: siehe Glossar

- 1) Personen in Mehrpersonenhaushalten
- 2) 18-59-Jährige; ohne Pension/nicht in Ausbildung
- 3) Personen in Erwerbshaushalten
- 4) Unselbstständige ohne Lehrlinge
- 5) ab 16 Jährige

Nahezu jede zweite armuts- oder ausgrenzungsgefährdete Person zwischen 18 und 59 Jahren war 2010 arbeitsmarktfern, d.h. maximal 20% des Jahres Vollzeit erwerbstätig. Das entspricht einer Zu-

nahme um 7% gegenüber dem Jahr 2008. Gleichzeitig hat sich die Quote der Arbeitsmarktfernen insgesamt verringert. Das durch Erwerbsarbeit erwirtschaftete Haushaltseinkommen reichte bei

81,9% der Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdeten nicht über die Armutsgefährdungsschwelle hinaus. Auch hier haben sich die Problemlagen besonders für die Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdeten verschärft (2008: 76,7%). Der Grund der hohen Betroffenheit ist im Zusammenhang mit einer niedrigen Erwerbsintensität des Haushalts zu sehen. Schließlich ist auch der Anteil der Personen, die sowohl von Armutsgefährdung betroffen sind als auch in (nahezu) Erwerbslosenhaushalten leben, zwischen 2008 und 2010 von 9% auf 12% gestiegen.

Laut EU-SILC 2010 gingen 29,1% der Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdeten zumindest ein-

mal im Jahr einer Bildungsaktivität nach. Der Anteil der Bildungsaktiven unter den Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdeten liegt damit noch immer weit unter dem Durchschnitt, ist jedoch seit 2008 um 13% gestiegen. Das kann in weiterer Folge dazu beitragen, die soziale Teilhabe zu verbessern. Auch bei den gesundheitlichen Ressourcen gab es zuletzt eine Erholung. Im Jahr 2010 waren 15,5% der Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdeten von mehrfachen gesundheitlichen Einschränkungen betroffen. Das sind zwar um fast 16% weniger als im Jahr 2008, der Anteil ist aber nach wie vor doppelt so hoch wie in der nicht gefährdeten Gruppe.

14.5 BEVÖLKERUNGSGRUPPEN MIT ERHÖHTEM ARMUTS- ODER AUSGRENZUNGSRISIKO

In Österreich waren laut EU-SILC 2010 insgesamt 285.000 Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren sowie 641.000 Frauen und 448.000 Männer über 18 Jahren von mindestens einer der drei Europa 2020-Gefährdungslagen betroffen. Das entspricht 16,6% der Gesamtbevölkerung. Mit einer Armuts-/Ausgrenzungsgefährdungsquote von 18,8% waren Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren besonders stark betroffen. Die Gefährdungsquote der Frauen ab 18 Jahren lag mit 18,3% um ein Drittel höher als jene der Männer (13,7%). Die Armuts /Ausgrenzungsgefährdungsquote der Männer liegt somit derzeit bereits weit unter dem von der Bundesregierung angestrebten Reduktionsziel für Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdung. Daraus folgt, dass Maßnahmen zur Gleichbehandlung am Arbeitsmarkt auch wesentlich zu einer Verringerung von Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdung beitragen können.

Da die meisten Indikatoren Haushaltsmerkmale abbilden, werden Unterschiede zwischen Männern und Frauen innerhalb der Haushalte in der Regel nicht berücksichtigt. Obwohl die Haushaltszusammensetzung bei vielen Indikatoren eine wesentliche Rolle spielt, kann für nahezu alle Indikatoren eine deutliche Benachteiligung

von Frauen und von Personen ohne weiterführenden Schulabschluss beobachtet werden.

Geschlechtsspezifische Unterschiede treten besonders bei den personenbezogenen Indikatoren zur Erwerbsbeteiligung hervor. Sowohl die Arbeitsmarktfremdenquote als auch die Quote der Erwerbstätigen mit einem Stundenlohn von weniger als zwei Drittel des Bruttomedianlohns zeigen, dass Frauen mehr als doppelt so häufig von Benachteiligungen betroffen sind wie Männer. Bei der Arbeitsmarktfremdenquote ist der relative Abstand zwischen Männern und Frauen größer als jener zwischen Personen ohne weiterführenden Schulabschluss und Personen mit Matura. Bei den Niedriglöhnen ist dieser Abstand etwa gleich hoch. Von Erwerbshindernissen durch fehlende Betreuungsmöglichkeiten sind nahezu ausschließlich Frauen betroffen.

Der stärkste Zusammenhang von Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdung mit dem Bildungsabschluss ist jedoch bei Personen mit mehrfachen gesundheitlichen Einschränkungen zu beobachten. Ohne weiterführenden Schulabschluss ist die Betroffenenquote mit 16% viermal so hoch wie bei Personen mit Matura. Dieses Ergebnis unterstreicht die zuletzt für die Jahre 2006/2007

beobachteten massiven bildungsbezogenen Unterschieden in der Lebenserwartung und lässt darauf schließen, dass diese auch weiterhin bestehen.

Ausgewählte Indikatoren nach Geschlecht und Bildungsstand 2010

	Geschlecht ¹⁾		Höchste abg. Schulbildung ²⁾	
	Männer	Frauen	„Pflichtschule“ in %	Matura
SOZIALE ZIELGRUPPE „EUROPA 2020“				
Armuts-/Ausgrenzungsgefährdung	13,7	18,3	27,7	13,5
Armutsgefährdung	10,0	13,2	21,4	9,7
Haushalte mit sehr niedriger Erwerbsintensität	7,0	9,6	15,4	7,8
Erhebliche materielle Deprivation	3,4	4,5	7,0	2,2
HAUSHALTSEINKOMMEN UND LEBENSSTANDARD				
Manifeste Armut	4,9	6,7	10,8	3,8
Steigerung des preisber. Haushaltseinkommens	2,3	3,7	2,4	4,6
Verfestigte Deprivation	8,9	11,4	17,2	5,2
ERWERBSLEBEN				
Arbeitsmarktfernenquote ³⁾	8,3	21,4	27,2	18,4
Haushaltseinkommen aus Erwerbsarbeit unter Armutsgefährdungsschwelle ⁴⁾	16,3	18,4	30,5	9,1
Löhne <2/3 v. Bruttomedianlohn ⁵⁾	8,8	19,6	28,5	11,9
Erwerbshindernisse ³⁾	(0,1)	3,8	3,1	1,8
BILDUNGSCHANCEN				
Bildungsaktivität	35,2	34,1	23,5	58,8
GESUNDHEIT				
Mehrfache gesundheitliche Einschränkung	7,9	10,6	16,3	4,0

Quelle: Statistik Austria, EU-SILC 2010

Definitionen: siehe Glossar

Zahlen in Klammern sind unsichere Schätzungen: Die Zahl der Beobachtungen liegt unter 50 Beobachtungen oder die statistische Schwankungsbreite übersteigt 32% des Schätzwerts.

- 1) Personen ab 18 Jahren
- 2) Personen ab 16 Jahren
- 3) 18-59-Jährige; ohne Pension/nicht in Ausbildung.
- 4) Personen in Erwerbshaushalten
- 5) Unselbstständige ohne Lehrlinge

Geschlechtsspezifische Unterschiede sind bei einem haushaltsbezogenen Merkmal wie der Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdung definitionsgemäß am deutlichsten erkennbar, wenn Frauen und Männer alleine leben. Wer alleine oder als alleinerziehender Elternteil lebt, trägt allerdings schon unabhängig vom Geschlecht ein erhöhtes Armuts-/Ausgrenzungsrisiko. Jede dritte alleinlebende Frau ohne Pension und 37%

der Erwachsenen in Ein-Eltern-Haushalten sind armuts- oder ausgrenzungsgefährdet. Etwas geringer, aber ebenfalls über dem Durchschnitt liegt das Risiko bei alleinlebenden Männern und alleinlebenden Personen, die hauptsächlich von Pensionen leben. Bei Familien mit drei oder mehr Kindern ist das Risiko ebenfalls deutlich erhöht.

Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdung nach Haushaltstyp 2010

	Armuts-/Ausgrenzungsgefährdete		
	in 1.000	Quote in %	Anteil in %
Insgesamt	1.373	17	100
Haushalt mit Pensionsbezug			
Zusammen	344	20	25
Alleinlebende Männer	25	18	2
Alleinlebende Frauen	122	29	9
Mehrpersonenhaushalt	197	17	14
Haushalt ohne Pensionsbezug			
Zusammen	402	15	29
Alleinlebende Männer	103	25	7
Alleinlebende Frauen	109	33	8
Mehrpersonenhaushalt ohne Kinder	190	10	14
Haushalt mit Kindern			
Zusammen	627	16	45
Ein-Eltern-Haushalt	109	37	8
Mehrpersonenhaushalt + 1 Kind	143	10	10
Mehrpersonenhaushalt + 2 Kinder	202	14	15
Mehrpersonenhaushalt + mind. 3 Kinder	172	24	13

Quelle: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2010

Lesehilfe: 344.000 der von Armut/Ausgrenzung gefährdeten Personen leben in Haushalten mit Pensionsbezug. Das entspricht einer Quote von 20% aller Personen in Haushalten mit Pensionsbezug und einem Anteil von 25% aller von Armut/Ausgrenzung gefährdeten Personen.

Bei vielen der auf den Arbeitsmarkt bezogenen Benachteiligungen von Frauen sind Angehörige, also auch PartnerInnen und Kinder häufig mit betroffen. Gerade die Erwerbsbeteiligung von Frauen erweist sich als eine der wirkungsvoll-

ten Schutzmechanismen gegen Armuts- und Ausgrenzungsgefährdung. Das Gefährdungsrisiko aller Haushaltsmitglieder ist je nach Haushaltskonstellation drei- bis viermal höher, wenn keine Frau im Haushalt erwerbstätig ist.

Armuts-/Ausgrenzungsgefährdung nach Frauenerwerbstätigkeit und Haushaltstyp¹⁾ 2010

	Armuts-/Ausgrenzungsgefährdete Haushalte			
	nicht erwerbstätige Frauen		erwerbstätige Frauen	
	in 1.000	Quote in %	in 1.000	Quote in %
Mehrpersonenhaushalt ohne Kinder	81	24	70	5
Ein-Eltern-Haushalt	43	92	60	26
Mehrpersonenhaushalt + 1 Kind	72	25	71	6
Mehrpersonenhaushalt + 2 Kinder	105	27	97	9
Mehrpersonenhaushalt + mind. 3 Kinder	117	41	55	13

Quelle: Statistik Austria, EU-SILC 2010

1) Haushalte mit mindestens einem weiblichen Haushaltsmitglied im Erwerbsalter

Während die Frauen hinsichtlich der Indikatoren zum Lebensstandard und zur Erwerbsbeteiligung besonders deutlich benachteiligt sind, treten bei den wohnungsbezogenen Indikato-

ren eher regionale Unterschiede in den Vordergrund. Im Allgemeinen konzentrieren sich die hier berücksichtigten Problemlagen vor allem in den größeren Städten. Die Situation in den

kleinen Gemeinden ist hingegen bei fast allen Indikatoren günstiger, wobei Wanderungsbewegungen eine wichtige Rolle spielen können. Von Wohnungsüberbelag sind vor allem Personen betroffen, die in urbanen Gebieten leben. Die Überbelagsquote ist in Wien sowie den Städten Graz, Linz, Innsbruck und Salzburg mehr als doppelt so hoch wie im gesamtösterreichischen Durchschnitt. Auch bei den Indikatoren zum Wohnungsaufwand und zur Belastung durch die

Wohnumgebung zeigt sich ein ähnliches Bild: Während nur 12% der Personen in Gemeinden mit weniger als 10.000 EinwohnerInnen mit sehr hohen Wohnkosten konfrontiert sind, betrifft dieses Problem knapp 30% der WienerInnen. Nur 6% der ländlichen Bevölkerung in kleinen Gemeinden geben an, von Problemen wie Kriminalität und Vandalismus betroffen zu sein. In Wien betrifft dieses Problem bereits 19% der Bevölkerung.

Ausgewählte Indikatoren nach Gemeindegröße 2010

Indikatoren	„Insgesamt“	Gemeindegröße (EinwohnerInnen)			
		Wien	100.000-500.000 ¹⁾ in %	10.000-100.000	≤ 10.000
SOZIALE ZIELGRUPPE „EUROPA 2020“					
Armuts-/Ausgrenzungsgefährdung	17	25	24	16	13
Armutsgefährdung	12	18	18	11	9
Haushalte mit keiner/sehr geringer Erwerbsintensität	8	14	(12)	8	5
Erhebliche materielle Deprivation	4	10	(6)	(4)	2,1
WOHNEN					
Überbelag ²⁾	6	14	(14)	(4)	(1)
Sehr hoher Wohnungsaufwand	18	29	26	20	12
Prekäre Wohnqualität	3	6	(2)	(2)	3
Belastung durch Wohnumgebung	10	19	16	10	6

Quelle: Statistik Austria, EU-SILC 2010

Definitionen: siehe Glossar

Zahlen in Klammern sind unsichere Schätzungen: Die Zahl der Beobachtungen liegt unter 50 Beobachtungen oder die statistische Schwankungsbreite übersteigt 32% des Schätzwerts.

- 1) Graz, Linz, Salzburg, Innsbruck
- 2) Personen in Mehrpersonenhaushalten

Insgesamt tragen die hier skizzierten, insbesondere durch Bildungs- und Erwerbsbeteiligung gesteuerten Prozesse dazu bei, dass beispielsweise das Armuts-/Ausgrenzungsrisiko von Haushalten eingebürgerter (38%) oder ausländischer StaatsbürgerInnen (37%) mehr als doppelt so hoch ist wie in der Gesamtbevölkerung (17%). Eine noch höhere Armuts-/Ausgrenzungsgefährdungsquote haben Haushalte mit Langzeitarbeitslosen (39%) oder Haushalte, die überwiegend Sozialleistungen beziehen (66%).

Schließlich erhöht sich die Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdung auch dann, wenn ein Haushaltsmitglied (mehrfach) gesundheitlich eingeschränkt ist. Diese Personengruppe hat mit 18% eine bereits über dem Durchschnitt liegende Armutsgefährdungsquote. Unter Berücksichtigung von Personen in erheblicher materieller Deprivation oder in einem Haushalte mit keiner/sehr geringer Erwerbsintensität steigt das Armuts-/Ausgrenzungsrisiko von Personen mit mehrfachen gesundheitlichen Einschränkungen jedoch auf 29%.

Auch die vergleichsweise kleine Gruppe der insgesamt 256.000 Personen in überschuldeten Haushalten trägt ein stark überdurchschnittliches Gefährdungsrisiko. Unter ihnen sind 107.000 Personen bzw. 42% von Armut oder so-

zialer Ausgrenzung bedroht. Von den genannten Risikogruppen haben nur Personen, die überwiegend auf Sozialleistungen angewiesen sind, eine höhere Quote, wobei hier Überschneidungen möglich sind.

Armuts-/Ausgrenzungsgefährdung ausgewählter Zielgruppen 2010

Merkmale	Gesamtbevölkerung	Armuts-/Ausgrenzungsgefährdung	
	in 1.000	in 1.000	Quote in %
Insgesamt	8.283	1.373	17
Haushalte mit ...			
AusländerInnen (Nicht EU/EFTA)	904	334	37
Eingebürgerten (ohne AusländerInnen)	302	114	38
Gesundheitlich eingeschränkten Personen (im Erwerbsalter)	744	216	29
Langzeitarbeitslosen	681	269	39
Sozialleistungen als Haupteinkommen ¹⁾	449	296	66
Schwerer Schuldenbelastung ²⁾	256	107	42

Quelle: Statistik Austria, EU-SILC 2010

Wegen Überschneidungen zwischen den Gruppen ist die Summe nicht 100%.

- 1) ohne Langzeitarbeitslosenhaushalte
- 2) subjektiv schwere Belastung durch Konsumkredite

GLOSSAR

Definitionen der nationalen Eingliederungsindikatoren		
Lebensstandard	1. Manifeste Armut	Gleichzeitig monetäre Armutsgefährdung und finanzielle Deprivation nach nationaler Definition (mind. 2 aus 7 Deprivationsmerkmalen: die Wohnung angemessen warm halten; regelmäßige Zahlungen begleichen; notwendige Arzt- oder Zahnarztbesuche; unerwartete Ausgaben tätigen; bei Bedarf neue Kleidung zu kaufen; nahrhaftes Essen (Fleisch etc.); FreundInnen zum Essen einladen).
	2. Preisbereinigtes standardisiertes Haushaltseinkommen	Summe der (hier: preisbereinigten) Nettoeinkommen aller Haushaltsmitglieder über das ganze Jahr, bedarfsgewichtet nach der EU-Äquivalenzskala. Beispiel: Das nominelle standardisierte Medianeinkommen aus EU-SILC 2010 beträgt 20.618 EUR. Der Indexwert des VPI für 2009 (Referenzjahr für Einkommen EU-SILC 2010) lag um 3,36% über jenem des Basisjahres 2007 (Referenzjahr EU-SILC 2008). Aus der Division des nominellen Medianeinkommens 2010 (20.618) durch den VPI-2005 für das Jahr 2009 (107,5) multipliziert mit dem Indexwert des VPI-2005 für das Jahr 2007 ergibt sich das preisbereinigte Einkommen von 19.889 EUR $[20.618/107,5 \cdot 103,7]$. Die Steigerungsrate für 2009 ergibt sich als $(100 \cdot 19.889/19.272) - 100$.
	3. Einkommenslücke	Summe der Beträge, die den armutsgefährdeten Haushalten auf die Armutsgefährdungsschwelle fehlen.
	4. Verfestigte Deprivation	mind. zwei aufeinanderfolgende Jahre finanziell depriviert nach nationaler Definition (2 aus 7 Merkmalen, siehe Definition für manifeste Armut)
	5. Massive Zahlungsprobleme	Personen mit Zahlungsproblemen laut Kleinkreditevidenz des Kreditschutzverbandes von 1870 bei Privatkrediten, d.h. mit Klagen, Fälligkeitstellung von Krediten etc.
Wohnen	6. Überbelag in Mehrpersonenhaushalten	Anteil der Personen in Mehrpersonenhaushalten, in denen die Wohnfläche weniger als 16m ² beträgt, im Mittel weniger als 8m ² pro Wohnraum zur Verfügung stehen oder die Anzahl der Wohnräume im Verhältnis zur Zahl der Personen im Haushalt zu gering ist
	7. Sehr hoher Wohnungsaufwand	Anteil der Personen, deren Wohnungsaufwand ein Viertel des jährlich verfügbaren Haushaltseinkommens übersteigt (abzüglich Wohn-, Mietbeihilfen). Berücksichtigt werden alle Ausgaben für Miete, Betriebskosten, Heizung, Energie und Instandhaltung, sowie Zinszahlungen für Kredite zur Schaffung oder Sanierung von Wohnraum.
	8. Prekäre Wohnqualität	Anteil von Personen, die von zwei oder mehr der folgenden Wohnprobleme betroffen sind: kein WC oder Badezimmer in der Wohnung, Feuchtigkeit oder Schimmelbildung, dunkle Wohnräume, weder Waschmaschine noch Waschküche vorhanden
	9. Belastung durch Wohnumgebung	Anteil von Personen, die sich durch mindestens zwei der folgenden Probleme in der Wohnumgebung belastet fühlt: Kriminalität, Lärm, Umweltverschmutzung
	10. Registrierte Wohnungslosigkeit	Anzahl der Personen mit Hauptwohnsitzbestätigung oder Meldung in einer Einrichtung für Wohnungslose im Laufe eines Jahres
Erwerbsleben	11. Arbeitsmarktfernenquote	18- bis 59-Jährige, die max. 20% des Jahres Vollzeit erwerbstätig sind (ohne Studierende sowie Personen in Mutterschutz, Elternkarenz oder Pension)
	12. Haushaltseinkommen aus Erwerbsarbeit unter Armutsgefährdungsschwelle	Personen in Erwerbshaushalten in denen die Summe der Netto-Erwerbseinkommen (inkl. Familienleistungen) unter der Armutsgefährdungsschwelle liegt (ohne Pensionshaushalte und Studierende)
	13. Löhne unter zwei Drittel des Bruttomedianlohnes	Unselbstständige mit Löhnen unter zwei Drittel des Bruttomedianlohns (ohne Lehrlinge)
	14. Erwerbshindernisse durch Betreuungspflichten	18- bis 59-Jährige, die nicht oder nur teilzeitbeschäftigt sind, weil keine geeignete Betreuungseinrichtung für Kinder oder pflegebedürftige Erwachsene zur Verfügung steht.
	15. Langzeitbeschäftigungslose	Dauer der registrierten Arbeitslosigkeit, Lehrstellensuche und Schulungsteilnahme überschreitet 365 Tage. Eine Unterbrechung von 62 Tagen beendet die Langzeitarbeitslosigkeit (längere Krankheit oder Arbeitsaufnahme; AMS-Schulungen zählen nicht als Unterbrechung).
Bildung	16. Bildungsaktivität	Anteil der Bevölkerung ab 16 Jahren, der im Laufe eines Jahres an schulischer, beruflicher Aus- oder Weiterbildung oder freizeitbezogenen Kursen teilgenommen hat
	17. Besuch vorschulischer Betreuungseinrichtungen	Anteil der Kinder bis vier Jahre, die einen Kindergarten, eine Kinderkrippe oder alterserweiterte Betreuungseinrichtungen besuchen, an allen Kindern dieser Altersgruppe
	18. Bildungsferne Jugendliche	Anteil der Jugendlichen, die nicht in Ausbildung sind und im vorangegangenen Jahr ihre Schulpflicht beendet haben (Anteil bezogen auf Jahrgang)
Gesundheit	19. Mehrfache gesundheitliche Einschränkung	mindestens zwei der drei Merkmale: chronische Krankheit, sehr schlechter allgemeiner Gesundheitszustand, Einschränkungen bei alltäglichen Verrichtungen
	20. Soziale Lebenserwartungsdifferenzen	Unterschied in der ferneren Lebenserwartung mit 35 zwischen Personen mit maximal Pflichtschul- bzw. Hochschulabschluss

Quelle: Statistik Austria/BMASK 2012

LITERATUR

BMASK/ STATISTIK AUSTRIA (2009): Armutsgefährdung in Österreich. EU-SILC 2008 Eingliederungsindikatoren. Sozialpolitische Studienreihe des Bundesministeriums für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz. Band 2. Wien.

BMASK/ STATISTIK AUSTRIA (2011): Armutsgefährdung und Lebensbedingungen in Österreich. Ergebnisse aus EU-SILC 2009. Sozialpolitische Studienreihe des Bundesministeriums für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz. Band 5. Wien.

BMASK/ STATISTIK AUSTRIA (2011b): Armuts- und Ausgrenzungsgefährdung in Österreich. Ergebnisse aus EU-SILC 2010. Sozialpolitische Studienreihe des Bundesministeriums für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz. Band 8. Wien.

BUNDESKANZLERAMT (2011): Europa 2020. Österreichisches Reformprogramm 2011. Abzurufen unter: <http://www.bka.gv.at/DocView.axd?CobId=43425> (08.05.2012).

EUROSTAT/ INSEE (2011): Final Report of the Sponsorship Group on Measuring Progress, Well-being and Sustainable Development, Luxembourg.

KLOTZ, J. (2007): Soziale Unterschiede in der Sterblichkeit. Bildungsspezifische Sterbetafeln 2001/2002. In: Statistische Nachrichten 4/2007, S.296-311.

MAHRINGER, H. (2009): Arbeitsmarktentwicklung in der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise. In: WIFO Monatsberichte, Bericht 12/2009, S.967-978.

STATISTIK AUSTRIA (2012): Nationale Indikatoren für soziale Eingliederung 2012, Wien.

